



V 6458 E

31a

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 8

August 1972

Grafik des Monats: Betriebsgrößen in der Landwirtschaft

Aufsätze: Investitionen
Bautätigkeit
Urlaubsreisen
Kurzberichte Ausländer ✕

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1970/71	1971/72	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Januar bis Mai ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	175	168	-	4
Beschäftigte	1 000	191	187	-	2
Umsatz ³	Mill. DM	1 117	1 182	+	6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	24	22	-	5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,8	7,4	-	5
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 540	2 686	+	6
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	188,6	207,9	+	10
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	164,9	177,8	+	8
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 844	8 945	+	1
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	109,0	105,1	-	4
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	104,8	106,9	+	2
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	111,8	114,9	+	3
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	97,5	108,4	+	11
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	128,4	135,5	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	121,0	127,1	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	3 567	4 133	+	16
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	13 182	14 173	+	8
Spareinlagen	Mill. DM	5 894	6 601	+	12
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer ⁸	Mill. DM	78	93	+	19
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	29	39	+	36
Lohnsteuer	Mill. DM	99	120	+	22
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	164	186	+	13

1) bei "Geld und Kredit": Dezember bis April 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite
8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 8/72

Seite

Aktuelle Auslese 165

Aus dem Inhalt 166

Aufsätze

Investitionen im warenproduzierenden

Gewerbe 1967 bis 1970 167—178

Bautätigkeit 1971 178—184

Urlaubs- und Erholungsreisen 1970 . . . 184—187

Kurzberichte

Fremder in Schleswig-Holstein

am 31. Dezember 1971 187—188

Grafik des Monats 176—177

Tabellenteil Beilage

Wirtschaftskurven B (Industrie) . . . 3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Ein Statistischer Bericht: B VII 1—1/72 „Die Wahl zum 7. Bundestag in Schleswig-Holstein“ ist erschienen. Er enthält Umrechnungen der Ergebnisse der Bundestagswahlen 1969 und der Landtagswahlen 1971 auf die neuen Bundestagswahlkreise, sowie eine Wahlkreisbeschreibung und eine Wahlkreiskarte. Außerdem werden Strukturdaten aus der Volkszählung 1970 über ausgewählte Altersgruppen, Erwerbstätigkeit und den überwiegenden Lebensunterhalt dargeboten. Die Angaben werden auch für alle Gemeinden über 10 000 Einwohner gebracht. Der Bericht kann zum Preise von 2,— DM bezogen werden.

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 3 / 1972

Umsätze 1970

Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)

Gemüseanbau

Heft 4 / 1972

Volkszählung und Fortschreibung

Vermögen der Haushalte

Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen

Heft 5 / 1972

Religionszugehörigkeit der Bevölkerung

Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)

Nord-Ostsee-Kanal 1971

Einkünfte in freien Berufen

Wohngeld 1970

Kapitalgesellschaften

Heft 6 / 1972

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970

Bruttoinlandsprodukt 1960—71

Außenhandel

Rechtspflegestatistiken

Heft 7/1972

Unternehmen 1970

Sozialer Wohnungsbau 1971

Körperschaften 1968

Ernten 1971

Telefon zu Hause



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 8

August 1972

Aktuelle Auslese



Geburtenrückgang hält weiterhin an

Im 1. Vierteljahr 1972 kamen in Schleswig-Holstein 7 723 Kinder lebend zur Welt, 9 125 Einwohner verstarben. Damit sind 1 402 Einwohner mehr gestorben als geboren. Im 1. Vierteljahr 1971 hat es noch einen Geburtenüberschuß von 824 Einwohnern gegeben. Dieser Saldo ergab sich aus 8 936 Lebendgeborenen und 8 112 Gestorbenen. Die Geburtenziffer – Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner und 1 Jahr – ist von 14,4 im 1. Vierteljahr 1971 auf 12,2 im 1. Vierteljahr 1972 zurückgegangen.

34 800 Schwerbeschädigte

Am 30. 6. 1972 waren in Schleswig-Holstein 34 800 Personen nach dem Schwerbeschädigtengesetz anerkannt; davon waren 57 % Schwerkriegsbeschädigte (einschließlich der Schwerbeschädigten nach dem Soldatenversorgungsgesetz) und 29 % Gleichgestellte. 9 % waren sonstige Schwerbeschädigte – und zwar größtenteils Unfallbeschädigte – und 6 % Blinde.

Im Vergleich zum 30. 6. 1971 verringerte sich die Zahl der Schwerkriegsbeschädigten um 425, während die Gleichgestellten um 274, die Blinden um 40 und die sonstigen Schwerbeschädigten um 86 zugenommen haben. Die Gesamtzahl der anerkannten Personen ist damit um 25 gesunken.



7,2 Mrd. DM Industrieumsatz im 1. Halbjahr 1972

Bei leicht rückläufigem Beschäftigtenstand gegenüber dem 1. Halbjahr 1971 (– 1,8 %) und merklich verminderter Zahl der geleisteten Arbeiterstunden (– 4,6 %) erzielte die schleswig-holsteinische Industrie im 1. Halbjahr 1972 einen Nettoumsatz von



Rund 3 000 ausländische Schüler in allgemeinbildenden Schulen

Im Schuljahr 1971/72 gab es 3 047 ausländische Schüler in den allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins. Davon besuchten fast 2 300 (77 %) eine Grund- und Hauptschule, 91 eine Sonderschule, 217 eine Realschule und 411 ein Gymnasium. 30 Kinder waren in einer Vorklasse.

Fast sechs Zehntel der ausländischen Schüler, nämlich 1 857, waren Kinder von Gastarbeitern. Die größte Gruppe darunter bildeten die 888 Kinder mit türkischer Staatsangehörigkeit. Es folgten 341 Kinder mit spanischer sowie 248 mit griechischer Staatsangehörigkeit.

Von den 3 047 ausländischen Schülern befanden sich 2 795 in öffentlichen und 252 in privaten Schulen. Von den insgesamt 254 ausländischen Schülern mit dänischer Staatsangehörigkeit besuchten 208 eine private Schule, die meisten von ihnen Schulen der dänischen Minderheit.



Fast 8 300 Straßenverkehrsunfälle in sechs Monaten

In den ersten sechs Monaten 1972 ereigneten sich in Schleswig-Holstein 8 256 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Bei diesen Unfällen wurden 408 Personen getötet und 11 197 verletzt. Damit ergibt sich gegenüber dem gleichen Zeitraum 1971 eine Zunahme der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden um 6 % und der dabei verunglückten Personen um 5 %.

Aus dem Inhalt

Investitionen

Seite 167

Die schleswig-holsteinischen Unternehmen des warenproduzierenden Gewerbes haben in den vier Jahren von 1967 bis 1970 2,3 Mrd. DM investiert, d. h. als Bruttuzugänge auf den Anlagekonten (Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge) verbucht. Bei den Unternehmen blieben solche mit weniger als 20 Beschäftigten außer Betracht, womit etwa 20 % des Gesamtvolumens aller Investitionen fehlen. In den entsprechenden Betrieben des Landes wurden demgegenüber 2,7 Mrd. DM investiert. Die Differenz rührt von solchen Betrieben her, deren Unternehmenssitz außerhalb Schleswig-Holsteins liegt. Im allgemeinen waren die Investitionen in den ersten beiden Jahren geringer als 1969 und 1970. Die Industrieunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten verfügten in den betrachteten vier Jahren über ein Investitionsvolumen von 1,8 Mrd. DM, die entsprechenden Betriebe über eines von 2,2 Mrd. DM. Mehr als 70 % dieses Betrages wurden für Maschinen, Werkzeuge, Fahrzeuge, Geschäftsausstattung ausgegeben, 26 % für Gebäude, nur der unbedeutende Rest für unbebaute Grundstücke. Je Beschäftigten gemessen gaben (für 1967 bis 1970) die Molkereien mit 48 000 DM am meisten aus, die Brauereien folgen an zweiter Stelle, die Futtermittelindustrie an dritter. Nach der Industrie der Steine und Erden (25 000 DM) bleiben die Summen unter 20 000 DM je Beschäftigten für diese vier Jahre, wobei der Verlauf innerhalb dieser Zeit gelegentlich Besonderheiten zeigt. Zu den investitionsschwachen Branchen (weniger als 8 000 DM) zählen die Bekleidungsindustrie, die Glasindustrie, die Elektrotechnik, auch der Schiffbau, die Feinmechanik und Optik. In den einzelnen Kreisen des Landes hängt das Investitionsvolumen vom Industriebesatz und der speziellen Branchenstruktur ab. Je schwächer und einseitiger diese, desto eher schlagen konjunkturelle Einflüsse und Einzelentscheidungen auf das Kreisergebnis durch. Im Landesmittel wurden 1970 je Beschäftigten 3 790 DM von den Industriebetrieben investiert, absoluter Schwerpunkt war Lübeck mit fast 150 Mill. DM, das ist ein Fünftel der Landessumme. Im warenproduzierenden Handwerk errechnen sich Investitionen (1970) von 2 170 DM je Beschäftigten, im Bauhauptgewerbe von 2 760 DM.

Wohnungen sollen in Nichtwohngebäuden oder durch Umbau entstehen. Im Gegensatz zur Entwicklung im Wohnbau sind die Genehmigungen von Nichtwohnbauten erheblich zurückgegangen, dazu gehören Anstalten, Büros, Betriebe, Schulen u. ä. – Die Fertigteilbauweise hat sich nicht weiter verbreitet, sondern blieb seit 1967 auf einem nahezu konstanten Anteil, der 1971 (Wohnungen) 9,1 % betrug. Im Nichtwohnbau erreichte diese Bauweise 25 % des umbauten Raumes. Von den 1971 gebauten Wohnungen haben um die 99 % Zentralheizung und Bad oder Dusche, sie sind im Mittel 80 m² groß und haben 4,2 Räume. Mit 11 fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Einwohner liegt unser Land 1971 vor allen anderen Bundesländern (Durchschnitt: 9). Der Bauüberhang hat 1971 mit über 44 000 Wohnungen seinen bisher höchsten Stand erreicht. Am 1. 1. 1972 gab es in Schleswig-Holstein 916 000 Wohnungen, das sind 36 je 100 Einwohner und damit mehr als in den übrigen Flächenländern der Bundesrepublik. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird 1972 ein neues Rekordjahr im Wohnungsbau des Landes werden.

Urlaubsreisen

Seite 184

23 Mill. Bundesbürger haben 1970 eine Urlaubs- oder Erholungsreise von 5 oder mehr Tagen Dauer angetreten, das sind 37,5 % aller Einwohner. Für Schleswig-Holstein lautet diese Zahl 30,6 %. Von den 28,5 Mill. Reisen blieben 57 % im Inland, 43 % führten ins Ausland, das sind 3 Punkte mehr als 1969. Von den Reisen aus Baden-Württemberg und Bayern gingen 1970 sogar 55 % über die Bundesgrenzen. Allgemein werden die nähergelegenen Erholungsgebiete bevorzugt, seien sie im Inland oder im Ausland. In die skandinavischen Länder führten zwar 34 % aller Auslandsreisen aus Schleswig-Holstein, aber nur 2 % derer aus Baden-Württemberg und Bayern. Ähnlich sind auch die Anteile unseres Landes als Reiseziel der Inlandsreisen. Für alle Inlandsreisen zusammen wurden 5,1 Mrd. DM, für sämtliche Auslandsreisen 6,2 Mrd. DM ausgegeben, wie sich aus der Befragung von 0,1 % der Haushalte (Mikrozensus) ergab.

Bautätigkeit

Seite 178

Das Wohnungsbaujahr 1971 brachte eine beträchtliche Steigerung gegenüber 1970: es wurden fast 28 300 Wohnungen fertiggestellt, ähnlich viel wie 1964 und 1967. Die Zahl der Baugenehmigungen 1971 übertraf mit fast 35 000 Wohnungen sogar das bisherige Spitzenjahr 1964. 11 400 Wohnungen davon entfallen auf 10 400 Ein- und Zweifamilienhäuser, 21 100 Wohnungen auf 1 340 Mehrfamilienhäuser, die also mit 15,8 Wohnungen je Gebäude wiederum größer geworden sind (1970: 13,4). Die restlichen

Ausländer

Seite 187

Dieser Kurzbericht zeigt in mehreren Grafiken, was sich aus den Unterlagen der Ausländerbehörden entnehmen läßt. Im Laufe der letzten 10 Jahre hat sich die Zahl der Ausländer reichlich verdreifacht. Am 1. 1. 1972 stellten die Türken mit 15 400 das größte Kontingent. Eine Karte zeigt die Erhöhung des Ausländeranteiles im Ring um Hamburg, wo fast zwei Drittel aller Ausländer wohnen.

Investitionen im warenproduzierenden Gewerbe 1967 bis 1970

Von den gegenwärtigen und vergangenen Investitionen hängt die zukünftige Wirtschaftsentwicklung entscheidend ab. Ein wesentlicher Teil der Industrie - in Schleswig-Holstein sind das über 400 Industriebetriebe mit rund 90 000 Beschäftigten - stellt vorwiegend Investitionsgüter her. Beschäftigung und Einkommen in diesen Branchen werden unmittelbar von der Nachfrage nach Anlagegütern bestimmt. Ein Teil des Handwerks ist als Zulieferer der Investitionsgüterindustrie mittelbar von der Investitionstätigkeit abhängig. Die Ausbringung der vorwiegend Konsumgüter erzeugenden Branchen folgt - mit kleinerer oder größerer Verzögerung - direkt den Investitionen. Die Realisierung des technischen Fortschritts mit den Zielen erhöhte Produktivität und hinreichendes Wirtschaftswachstum setzt eine beständige und hohe Investitionsneigung der Unternehmer voraus.

2,3 Mrd. DM investierten die Unternehmen von 1967 bis 1970

Unter dem Begriff "Investitionen" werden im folgenden die Bruttozugänge auf Anlagekonten (Grundstücke, Gebäude, Maschinen¹⁾) ver-

1) "Maschinen" steht kurz für: Maschinen und maschinelle Anlagen einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung, Werkzeuge, geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge

standen. Sogenannte Vorratsinvestitionen in das Umlaufvermögen bleiben also außer Betracht. Beim Zeitvergleich ist zu beachten, daß infolge der Umstellung im Umsatzsteuersystem ab 1968 die neu eingeführte Investitionssteuer mit jährlich fallenden Prozentsätzen in den Wertangaben enthalten ist. Der Firmenkreis, auf den sich die Investitionsdaten beziehen, enthält Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten des warenproduzierenden Gewerbes einschließlich Baugewerbe. Nach der Systematik der Wirtschaftszweige (Grundsystematik) ist das die Wirtschaftsabteilung 2 "Verarbeitendes Gewerbe", die Wirtschaftsabteilung 3 "Baugewerbe" und der Teil "Bergbau" aus der Wirtschaftsabteilung 1. Die sonst übliche Trennung von industriellen und handwerklichen Unternehmen ist hier nicht vorgenommen worden. Im weiteren Verlauf der Darstellung werden auch Ergebnisse nach diesen Gesichtspunkten gebracht.

Die Ergebnisse für die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten dürften schätzungsweise 80% des überhaupt vorhandenen Investitionsvolumens im warenproduzierenden Gewerbe repräsentieren. Je nach der Größenstruktur der einzelnen Branchen liegt der "Repräsentationsgrad" im Einzelfall auch höher. Bei

Anlageinvestitionen im warenproduzierenden Gewerbe 1967 - 1970

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Nr. der Grundsystematik	Wirtschaftsgliederung	1967	1968	1969	1970
		Mill. DM			
11	Bergbau	0,0	-	0,0	0,0
2	Verarbeitendes Gewerbe	379,4	372,7	491,2	616,5
20	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	17,1	15,0	18,8	15,6
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	14,7	18,7	31,1	33,9
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	28,3	22,7	33,4	46,8
23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei, Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	11,8	14,5	17,1	55,9
24	Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	92,0	104,5	127,9	145,8
25	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Spiel- und Schmuckwaren, Sportgeräten	27,9	27,6	49,5	73,4
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	76,0	50,3	59,1	77,4
27 (ohne 27913)	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (ohne Möbelpolsterei)	16,4	15,2	18,8	18,5
28/9	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	95,2	104,4	135,6	149,2
3	Baugewerbe	81,6	87,3	128,9	139,3
30	Bauhauptgewerbe	76,0	79,8	120,9	134,2
31	Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	5,5	7,5	8,0	5,1
	Insgesamt	461,0	460,0	620,1	755,8

der Verwendung der Unternehmensergebnisse muß außerdem strikt beachtet werden, daß die Investitionen nach diesem Konzept nur für Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein nachgewiesen werden können. Es handelt sich also um das Investitionsvolumen, über das von Unternehmensleitungen im Lande entschieden worden ist, ohne Rücksicht darauf, ob die Investitionen in Schleswig-Holstein oder anderen Bundesländern getätigt wurden. Demgemäß fehlen Investitionen in schleswig-holsteinischen Betrieben, die zu einem Unternehmen mit Sitz außerhalb Schleswig-Holsteins (z. B. Hamburg) gehören. Da mehr Unternehmen mit größerem Investitionsvolumen außerhalb des Landes ihren Sitz haben als im Lande, sind die Unternehmensergebnisse niedriger als die Betriebsergebnisse. Will man also unter regionalen Gesichtspunkten das im Lande realisierte Investitionsvolumen wissen, dann muß man auf die Betriebsdaten zurückgreifen. Diese Ausführungen gelten hauptsächlich für den Sektor "Industrie", da hier große Mehrländerunternehmen beträchtlich häufiger vorkommen, als im Baugewerbe und produzierenden Handwerk. Allen Angaben liegen die jeweiligen Preise zugrunde, die sich nach der spezifischen Art der Investitionsgüter im Zeitablauf unterschiedlich verändert haben können. So stieg der Index der Erzeugerpreise für industrielle Investitionsgüter (einschließlich Mehrwertsteuer) von 1968 auf 1970 um etwa 15%.

Die Unternehmen des warenproduzierenden Gewerbes (einschließlich Baugewerbe) wiesen in dem betrachteten Zeitraum von 1967 bis 1970 für rund 2,3 Mrd. DM Bruttozugänge auf Anlagekonten nach. Im Zeitverlauf sind die Jahre 1967 und 1968 von 1969 und 1970 hinsichtlich der Höhe der nominalen Investitionsbeträge deutlich zu unterscheiden. In allen vier Jahren waren die Unternehmen des Stahl- und Leichtmetallbaus, des Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbaus mit den Unternehmen aus dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit einem Anteil von ca. 50% die Hauptinvestoren im verarbeitenden Gewerbe. Den größten Investitionszuwachs verzeichneten dagegen die Unternehmen aus der Eisen- und NE-Metallerzeugung, die Gießereien, Ziehereien und Kaltwalzwerke sowie Stahlverformung. Im Bauhauptgewerbe verlief die Investitionstätigkeit entschieden expansiver als im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe.

Betriebsergebnisse

In den Betrieben wurden von 1967 bis 1970 etwa 2,7 Mrd. DM investiert. Dieser Betrag ist im Lande für Anlageinvestitionen aufgewendet worden. Hinter diesem Wert stehen neu angeschaffte Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, aber auch Werkhallen und andere Betriebsbauten sowie, mit einem allerdings recht geringen Gewicht, unbebaute Grundstücke. Auch bei den Betriebsergebnissen

Anlageinvestitionen im warenproduzierenden Gewerbe 1967 – 1970
Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Nr. der Grund- systematik	Wirtschaftsgliederung	1967	1968	1969	1970
		Mill. DM			
11	Bergbau	(12,3)	3,8	4,4	2,2
2	Verarbeitendes Gewerbe	458,9	437,5	583,4	736,4
20	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	36,7	41,1	70,1	39,3
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	13,9	19,7	29,6	37,1
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	47,4	35,4	50,1	63,0
23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei, Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	14,0	15,2	17,6	59,4
24	Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	95,6	89,5	122,5	172,1
25	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Spiel- und Schmuckwaren, Sportgeräten	36,6	36,8	55,9	101,1
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	92,3	67,8	70,1	88,9
27 (ohne 27913)	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (ohne Möbelpolsterei)	16,8	16,4	20,1	21,5
28/9	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	105,5	115,5	147,5	154,6
3	Baugewerbe	81,6	87,3	128,9	139,3
30	Bauhauptgewerbe	76,0	79,8	120,9	134,2
31	Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	5,5	7,5	8,0	5,1
	Insgesamt	552,8	528,6	716,6	877,9

liegen in der Periode 1967 - 1968 die Investitionsbeträge merklich niedriger als 1969 und 1970. Dieser Niveauunterschied bleibt auch dann bestehen, wenn man mittels des Preisindex für Investitionsgüter versucht, die Preiskomponente in der Entwicklung auszuschalten. Man muß dabei von 1968 ausgehen, weil im Jahre 1967 das damals noch bestehende alte Umsatzsteuersystem einen durchgehenden Vergleich stören würde. Die Daten von 1968 bis 1970 sind dagegen in sich besser vergleichbar. In Preisen von 1968 ergibt sich für 1969 eine Summe von rund 684 Mill. DM und für 1970 von rund 765 Mill. DM. Der reale Zuwachs von 1968 auf 1969 liegt dann bei knapp 30%, von 1968 auf 1970 bei etwa 45%, während bei nominaler Betrachtung der Zuwachs von 1968 auf 1969 sich auf fast 36% und von 1968 auf 1970 auf 66% stellt.

Untersucht man einzelne Branchen, dann ergibt sich, daß nur einige 1970 weniger Anlagegüter als 1968 angeschafft haben. Das ist in der chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitung sowie im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe der Fall gewesen. Eine nur schwache Zunahme der Investitionstätigkeit von 1968 auf 1970 zeigt sich im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe, wo die Investitionen nominal um gut 30%, real um etwa 14% höher waren. Sprunghaft angestiegen - und zwar von 17,6 Mill. DM in 1969 auf 59,4 Mill. DM in 1970 - sind die Investitionen bei den Betrieben der Eisen- und NE-Metallerzeugung. Hier hat allerdings ein Einzelfall das Ergebnis erheblich beeinflußt. An diesem Beispiel wird erkennbar, daß die Investitionsentwicklung längst nicht so stetig verläuft wie etwa die Entwicklung der Umsätze. Diese

Unstetigkeit stellt dann auch einen beträchtlichen Unsicherheitsfaktor für den gesamten zukünftigen Wirtschaftsablauf in hochentwickelten Industrieländern dar.

Investitionen der Industrieunternehmen 1967 - 1970

Die schleswig-holsteinischen Industrieunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten verfügten in den betrachteten 4 Jahren über ein Investitionsvolumen von rund 1,8 Mrd. DM. Da die Industrie das größte Gewicht im warenproduzierenden Gewerbe hat, stimmt der jährliche Verlauf der Investitionstätigkeit mit dem im warenproduzierenden Gewerbe weitgehend überein. In den Jahren 1969 und 1970 sind die Investitionsaufwendungen deutlich höher, als in den noch von rezessiven Einflüssen bestimmten vorhergehenden beiden Jahren. Am Unternehmensumsatz gemessen belief sich der Wert der Anlageinvestitionen auf 4,3% im Jahre 1967, verminderte sich auf 4,1% in 1968 und stieg über 4,5% (1969) auf 5,3% im Jahre 1970 an. Sowohl 1967 als auch 1970 waren Unternehmen der Ernährungsindustrie mit rund einem Viertel an den Investitionen beteiligt, gefolgt von Unternehmen der Industriezweige Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau, die zusammen gut ein Fünftel des Investitionsbetrages auf sich vereinigten. Schleswig-holsteinische Unternehmensleitungen entschieden 1970 über Investitionen in der Höhe von gut 600 Mill. DM, das waren 65% mehr als 1967 und 25% mehr als 1969.

Anlageinvestitionen der Industrie 1967 - 1970
Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten

		1967	1968	1969	1970
		Mill. DM			
20	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	17,4	15,3	18,9	15,7
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	14,7	18,0	30,8	33,9
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	30,3	25,5	36,6	50,4
23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießereien, Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	11,9	13,4	15,8	54,4
24	Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	78,1	95,7	117,0	131,6
25	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	27,1	26,9	48,4	74,1
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	74,3	50,5	59,3	78,3
27 (ohne 27913)	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	16,5	15,0	19,8	19,1
29	Ernährungsindustrie	94,2	103,1	133,6	144,4
	Übrige	0,1	0,0	0,1	0,2
	Insgesamt	364,6	363,4	480,2	601,9

2,2 Mrd. DM Anlageinvestitionen in den Industriebetrieben von 1967 - 1970

Unter regionalem Aspekt sind - wie bereits ausgeführt - die Investitionsdaten der Betriebe aussagefähiger als die Unternehmensdaten. In schleswig-holsteinischen Industriebetrieben (10 und mehr Beschäftigte) wurden im Zeitraum 1967 bis 1970 für rund 2,2 Mrd. DM Anlageinvestitionen getätigt. Mehr als 70% dieses Betrages, nämlich 1,6 Mrd. DM, wurden für die Anschaffung von Maschinen, Werkzeugen, Fahrzeugen sowie von Gegenständen, die zur Betriebs- und Geschäftsausstattung nötig sind, aufgewendet. Für die Erstellung von Betriebsgebäuden sind in den vier Jahren 581 Mill. DM ausgegeben worden, das sind rund ein Viertel des gesamten Betrages. Geringe Bedeutung hatten unbebaute Grundstücke, dafür wurden nur 33 Mill. DM (1,5%) verausgabt.

Investitionen der Industriebetriebe
mit 10 und mehr Beschäftigten

Jahr	Beschäftigte	Investitionen insgesamt	darunter Gebäude	Maschinen usw.	Investitionen in DM je Beschäftigten
		Mill. DM			
1967	175 134	460,7	131,2	323,7	2 631
1968	179 357	439,8	91,0	342,3	2 452
1969	187 961	580,3	159,9	412,2	3 087
1970	196 111	743,2	198,6	532,0	3 790

Die Investitionsstruktur ist in dem betrachteten Zeitraum verhältnismäßig konstant geblieben. Lediglich im Jahre 1968 verminderte sich der Anteil der Investitionsart "Gebäude" auf ungefähr 20%, während Maschinen usw. fast 78% der gesamten Investitionssumme ausmachten. Der Anteil der unbebauten Grundstücke blieb unter 2% trotz erheblicher absoluter Zunahme von 1967 auf 1970. Setzt man die Investitionen zu den Beschäftigten in Beziehung, dann erhält man die sogenannte Investitionsintensität. Der Anteil der Investitionen am Umsatz wird demgegenüber als "Investitionsquote" bezeichnet. Die Investitionsintensität zeigt von 1967 bis 1970 einen deutlich steigenden Trend. Dieser bleibt auch bei Ausschaltung der Preissteigerungen² für Investitionsgüter erhalten. Wegen der Änderung des Umsatzsteuersystems ab 1. 1. 1968 ist das Jahr 1968 als Basisjahr besser geeignet. Davon ausgehend haben sich die Investitionen je Beschäftigten von 2 450 DM in 1968 auf nahezu 3 800 DM in 1970 oder um über 50% erhöht. In Preisen von 1968 ergibt sich für 1970 ein Betrag von 3 300 DM je Beschäftigten, was einer realen - mengenmäßigen - Erhöhung der Investitionsintensität

² Die Erzeugerpreise für industrielle Investitionsgüter sind von 1968 auf 1970 um etwa 15 % gestiegen

um fast 35% entspricht. Von diesen für die Summe aller Industriebetriebe geltenden Kennziffern weichen die der einzelnen Branchen z. T. erheblich nach oben und unten ab.

Unterschiedliche Investitionsintensität in den Industriezweigen³

Mit einer über alle vier Jahre hinweg durchgehaltenen Investitionsintensität von über 10 000 DM je Beschäftigten und Jahr nehmen die Molkereien und Käsereien die Spitzenstellung ein. Der in den letzten Jahren hier eingetretene und noch nicht abgeschlossene Konzentrationsprozeß war und ist von einer überaus lebhaften Investitionstätigkeit begleitet. Die Molkereien und Käsereien meldeten für den betrachteten Zeitraum Anlageinvestitionen im Werte von 116 Mill. DM, davon entfielen knapp 87 Mill. DM (75%) auf Maschinen usw. und 27 Mill. DM (23%) auf Gebäude und bebaute Grundstücke. Bemerkenswert ist ferner, daß die Investitionstätigkeit von Jahr zu Jahr im Vergleich zu anderen Branchen verhältnismäßig geringe Schwankungen aufweist. Der zweite Rang wird von einer Branche eingenommen, die ebenfalls in den Ernährungssektor gehört, es sind die in Schleswig-Holstein gelegenen Brauereien, deren Anlageinvestitionen von 1967 bis 1970 rund 35 Mill. DM betrugen. Der Anteil der Maschinen usw. stellte sich auf über 80%, während auf Gebäude nur knapp 19% entfielen. Anders als bei den Molkereien verlief die Investitionstätigkeit hier aber mit eher rückläufiger Tendenz. In der Futtermittelindustrie ist auch noch eine überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität ermittelt worden, jedoch unterlag hier die Investitionstätigkeit beträchtlichen Schwankungen. So war der Wert der für 1970 gemeldeten Anlageinvestitionen mehr als doppelt so groß wie 1968. Somit veränderte sich die Investitionsintensität von 4 644 DM in 1968 auf 11 413 DM in 1970. Mit über 30% war der Anteil der bebauten Grundstücke überdurchschnittlich hoch, der Maschinenanteil mit rund 68% blieb dagegen unter dem mittleren Anteil. Sowohl bei den Brauereien als auch in der Futtermittelindustrie sind von 1967 bis 1970 kaum Veränderungen der Beschäftigtenzahl eingetreten. Die Produktion von Futtermitteln wuchs jedoch in der gleichen Zeit von 681 000 t auf 769 000 t oder 13%, der Bierausstoß nahm von 660 000 hl auf 798 000 hl oder um 21% zu. Die Investitionen haben also zu einer beachtlichen Kapazitätserweiterung bei konstantem Beschäftigtenbestand geführt.

³ Außer den im folgenden genannten Industriezweigen gibt es noch weitere mit höherer oder niedrigerer Investitionsintensität. Sie wurden jedoch wegen ihrer geringen wirtschaftlichen Bedeutung oder wegen der Geheimhaltungsbestimmungen nicht dargestellt

Industriezweige mit hoher Investitionsintensität
Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

	in Mill. DM	Investitionen in DM je Beschäftigten			
		1967	1968	1969	1970
Brauereien	9,0	11 779	9 032	8 427	10 178
Molkereien, Käseereien	32,0	10 927	11 760	12 956	11 996
Futtermittelindustrie	12,6	8 555	4 644	5 742	11 413
Steine und Erden	59,3	6 031	5 111	6 043	7 739
Druckerei und Vervielfältigung	50,3	5 601	3 263	2 896	3 991
Sonstige Textilindustrie	5,3	5 092	5 020	4 255	3 054
Chemie	31,7	3 457	5 067	7 693	3 713
Kunststoffverarbeitung	20,6	3 365	3 841	4 620	5 210
Gummi- und Asbestverarbeitung	16,8	1 807	2 485	4 215	5 519
Fischverarbeitung	21,8	1 567	2 272	2 866	7 904
dagegen alle Industriezweige	743,2	2 631	2 452	3 087	3 790

Die Übersicht enthält - geordnet nach der Investitionsintensität im Jahre 1967 - Angaben über das Investitionsvolumen und die Investitionsintensität einer Auswahl von Industriezweigen. Dabei wurden auch Industriezweige einbezogen, die 1967 zwar unterdurchschnittliche Investitionsintensitäten aufweisen, deren Investitionsentwicklung im Zeitverlauf aber von einigem Interesse sein dürfte. Dazu gehört u. a. die Gummi- und Asbestverarbeitung, wo die Investitionen je Beschäftigten mit rund 5 500 DM im Jahre 1970 etwa dreimal so hoch liegen wie 1967. Auch in der Kunststoffverarbeitung zeigt sich eine deutlich

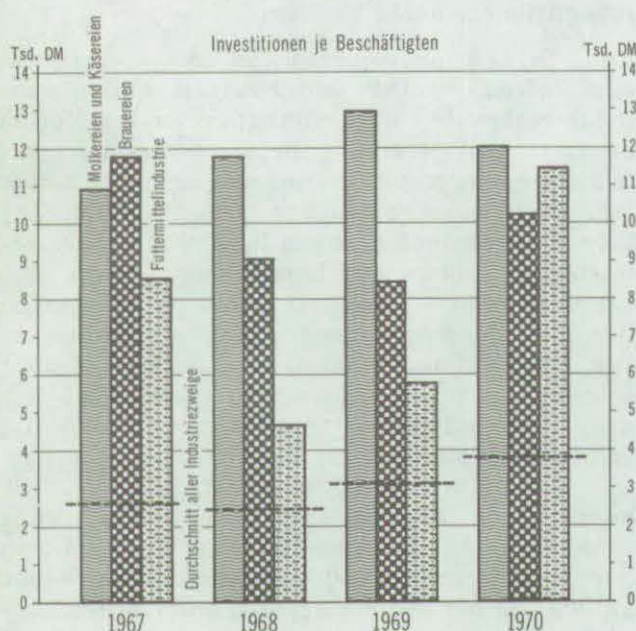
verstärkte Investitionstätigkeit. Die Fischverarbeitung stellt einen Sonderfall dar, hier hat sich das Investitionsvolumen von 1969 auf 1970 mehr als verdoppelt, die Investitionsintensität sprang von 2 866 DM auf 7 904 DM und war damit noch höher als in der Industrie-gruppe "Steine und Erden", die in allen vier betrachteten Jahren durch eine überdurchschnittliche Investitionsintensität gekennzeichnet war. Leicht fallende Tendenz zeigten bis 1969 die Investitionen in der Druckerei und Vervielfältigung, sie lagen aber 1970 wieder höher. In der chemischen Industrie ist nach den Jahren mit steigender Investitionsneigung die Entwicklung 1970 rückläufig gewesen.

Industriezweige
mit niedriger Investitionsintensität

In den weniger investitionsintensiven Branchen liegen die Investitionsbeträge je Beschäftigten im allgemeinen unter 2 000 DM, das ist ungefähr ein Fünftel des Betrages, der in den zuerst genannten drei Industriezweigen ermittelt wurde. Zu den investitionschwachen Branchen zählte unter anderem die Bekleidungsindustrie. Ihre Investitionsintensität belief sich 1967 auf rund 400 DM je Beschäftigten. Im Jahre 1970 stieg sie sprunghaft auf über 1 200 DM an. Verursacht wurde dieser ungewöhnlich starke Anstieg durch extrem hohe Gebäudeinvestitionen. Zu bemerken ist ferner, daß die Beschäftigtenzahl leicht rückläufig war. In der Glasindustrie hat die Investitionstätigkeit noch stärker als in der Bekleidungsindustrie zugenommen. Von einem ebenfalls unterdurchschnittlichen Betrag von 926 DM je Beschäftigten (1967) ausgehend, wurde 1970 eine recht hohe Investitionsintensität von über 8 500 DM je Beschäftigten erreicht. Hier waren die außerordentlich hohen Aufwendungen für die Anschaffung von Maschinen usw. die Ursache. In dieser Gruppe befinden sich auch noch der Stahl- und Leichtmetallbau sowie die feinmechanische und optische Industrie. Die Zellstoff- und Papierfabriken kann man (bedingt) auch noch dazu zählen; hier ist die Diskontinuität der Investitionstätigkeit augenfällig: abweichend von der allgemeinen Entwicklung (1970 höhere Investitionen als 1969) wurde hier 1969 mit rund 4 300 DM je Beschäftigten ungefähr doppelt soviel investiert wie 1968. Noch frappierender ist die Entwicklung in der elektrotechnischen Industrie verlaufen. In den Jahren 1967 bis 1969 bewegte sich die Investitionsintensität zwischen knapp 1 000 und 1 300 DM. Sie schnellte im Jahre 1970 auf fast 3 000 DM empor. In diesem Jahr muß in der elektrotechnischen Industrie ein ausgesprochener Investitionsboom geherrscht haben; mit 60 Mill. DM Anlageinvestitionen

D - 4389

Industriezweige mit hoher Investitionsintensität
1967 bis 1970



Industriezweige mit niedriger Investitionsintensität
Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

	in Mill. DM	Investitionen in DM je Beschäftigten			
		1967	1968	1969	1970
Bekleidungsindustrie	8,2	401	485	492	1 219
Glasindustrie	8,2	926	1 225	2 521	8 555
Elektrotechnik	59,6	1 009	1 275	980	2 969
Stahl- und Leichtmetallbau	9,9	1 050	738	1 480	1 640
Schiffbau	42,5	1 182	1 339	1 269	1 894
Feinmechanik, Optik	16,2	1 205	1 105	1 720	2 287
Holzverarbeitung	15,7	1 550	1 676	2 516	3 631
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	4,6	1 599	2 244	4 305	1 833
Feinblechpackungen	8,2	1 648	1 423	2 265	3 597
Sägewerke, Holzbearbeitung	5,4	2 565	1 977	2 921	3 283
Fleischverarbeitung	10,6	4 800	3 470	1 835	2 271

waren die Aufwendungen mehr als dreimal so hoch wie im vorhergehenden Jahr. Bei Gebäuden allein stiegen die Beträge von rund 4 Mill. DM auf fast 27 Mill. DM in 1970. Parallel zur Ausweitung der Investitionstätigkeit verlief die Entwicklung des Beschäftigtenbestandes (+62% gegen 1967) deutlich expansiv. Im Hinblick auf die Beschäftigtenzahl spielt der Schiffbau in Schleswig-Holstein eine hervorragende Rolle. Das ist bei den Investitionen nicht der Fall. Die Investitionsintensität schwankte in den Jahren 1967 - 1969 zwischen knapp 1 200 DM und gut 1 300 DM je Beschäftigten. 1970 stieg sie zwar auf 1 900 DM, blieb aber immer noch um etwa 50% unter dem Durchschnitt aller Industriezweige. Als ein Beispiel rückläufiger Investitionsintensität (selbstverständlich ist diese Aussage nur für den betrachteten Zeitraum 1967 - 1970 zutreffend) ist die fleischverarbeitende Industrie anzuführen, die 1967 4 800 DM, aber 1970 nur knapp 2 300 DM je Beschäftigten investierte. Für den umgekehrten Verlauf steht die Feinblechpackungsindustrie als Beispiel zur Verfügung. Sie investierte 1967 gut 1 600 DM, 1969 knapp 2 300 DM und 1970 3 600 DM je Beschäftigten. Eine ähnliche Entwicklung ergibt sich auch in der Holzverarbeitenden Industrie.

Steigende Investitionen im Maschinenbau

Der Maschinenbau ist nicht nur als Produzent von Investitionsgütern, sondern auch als Abnehmer von erheblicher Bedeutung. In den vier Jahren von 1967 bis 1970 sind in den schleswig-holsteinischen Maschinenbaubetrieben für rund 185 Mill. DM Maschinen usw. angeschafft worden, für Betriebsbauten wurden 77,5 Mill. DM aufgewendet. Mit einem

Investitionsvolumen von 265 Mill. DM in vier Jahren gehörte der Maschinenbau vor der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie (191 Mill. DM), der Steine und Erden-Industrie (183 Mill. DM) und dem Schiffbau (125 Mill. DM) zu den gewichtigsten Investoren in der schleswig-holsteinischen Industrie. Er wird lediglich von der Ernährungsindustrie übertroffen, die von 1967 bis 1970 rund 525 Mill. DM für Investitionen aufwandte. An den genannten Investitionen des Maschinenbaus waren Gebäude mit etwas mehr als 29% und Maschinen usw. mit knapp 70% beteiligt. Der Anteil der Gebäude ist etwas höher, der an Maschinen etwas niedriger als die Mittelwerte für die Industrie überhaupt.

Investitionen im Maschinenbau 1967 - 1970

	1967	1968	1969	1970	zus.
Beschäftigte (Ende Sept.)	23 678	23 912	25 955	27 153	.
Investitionen in Mill. DM	47,1	44,7	73,8	99,8	265,4
darunter					
Gebäude in Mill. DM	15,3	12,0	16,4	33,8	77,5
Anteil in %	32,6	26,8	22,3	33,9	29,2
Maschinen in Mill. DM	30,7	32,0	57,2	65,2	185,1
Anteil in %	65,3	71,6	77,5	65,3	69,8
Investitionen in DM je Beschäftigten	1 988	1 867	2 844	3 675	

Das Investitionsvolumen hat sich in den Jahren 1969 und 1970 kräftig ausgeweitet, aber auch der Beschäftigtenstand nahm merklich zu. Die Investitionsintensität stieg beträchtlich an, und zwar von rund 2 000 DM (1967) auf 3 675 DM in 1970. Sie blieb dennoch in jedem Jahr unter dem Durchschnitt für alle Industriebetriebe.

Investitionen in den Kreisen

Das Investitionsvolumen in den einzelnen kreisfreien Städten und Kreisen hängt vom Industriebesatz und von der industriellen Struktur des Kreises ab. Je schwächer der Industriebesatz und je einseitiger die Struktur ist, desto stärker machen sich "individuelle" Investitionsentscheidungen in Schwankungen des Investitionsvolumens bemerkbar. Auch die konjunkturellen Einflüsse sind in kleineren Räumen durchschlagender als in größeren. Die Investitionsintensität ist demgegenüber stärker branchen- als regionalabhängig, wie aus der erheblich geringeren Spannweite zwischen 2 600 DM je Beschäftigten in Kiel und 6 350 DM in Flensburg-Land für 1970 hervorgeht. Die Investitionsintensität nach Branchen lag dagegen zwischen 844 DM in der Lederverarbeitung und Schuhindustrie und 12 000 DM bei den Molkereien und Käsereien.

Investitionen der Industriebetriebe in den Kreisen 1970

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte Ende September 1970	Investitionen insgesamt	darunter		Investitionen in DM je Beschäftigten
			Gebäude und bebauten Grundstücke	Maschinen und maschinelle Anlagen	
			1 000 DM		
FLensburg	9 356	42 537	15 406	26 800	4 546
KIEL	31 940	83 009	27 599	54 922	2 599
LÜBECK	33 108	148 565	39 127	107 747	4 487
NEUMÜNSTER	12 087	31 471	6 329	24 700	2 604
Dithmarschen	6 542	41 163	18 115	22 817	6 292
Flensburg-Land	956	6 069	1 821	4 047	6 348
Hzgt. Lauenburg	9 511	38 780	8 647	29 444	4 077
Nordfriesland	2 904	12 579	4 134	8 285	4 332
Ostholstein	6 058	21 946	6 949	14 698	3 623
Pinneberg	25 643	87 899	20 599	65 993	3 428
Plön	3 019	11 030	4 388	6 172	3 654
Rendsburg-Eckernförde	12 213	37 676	8 872	28 303	3 085
Schleswig	3 694	15 102	3 224	11 764	4 088
Segeberg	13 485	58 436	14 181	40 332	4 333
Steinburg	11 291	45 058	5 616	38 393	3 991
Stormarn	14 304	61 861	13 631	47 607	4 325
Schleswig-Holstein	196 111	743 181	198 638	532 024	3 790

Regionaler Investitionsschwerpunkt im Jahre 1970 war die kreisfreie Stadt Lübeck. Die Lübecker Industriebetriebe investierten mit gut 148 Mill. DM etwa ein Fünftel der Landes-summe von 743 Mill. DM. Mit Abstand folgt die Industrie im Kreis Pinneberg (88 Mill. DM) und an dritter Stelle Kiel mit 83 Mill. DM. Das Investitionsvolumen in Lübeck ist 1970 gut doppelt so groß wie 1969 und gut dreimal so hoch wie 1968 (48 Mill. DM). Dieses Ergebnis ist durch einen kräftigen Investitionsstoß in einem Industriezweig bestimmt.

Investitionen im warenproduzierenden Handwerk 1967 - 1970

Die Ermittlung von Investitionsdaten ist aus Kostengründen auf handwerkliche Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten beschränkt. In Schleswig-Holstein wurden nach dem Stand vom September 1967 etwas mehr als 400 Unternehmen mit knapp 17 000 Beschäftigten zu dieser Erhebung herangezogen. Die Aussagefähigkeit der Daten für diesen Torso ist hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung außerdem mit einem abfallenden Trend belastet, da in den auf 1967 folgenden Jahren keine umfassenden Handwerkszählungen durchgeführt wurden, mit deren Hilfe der Berichtskreis jedes Jahr vervollständigt werden könnte. Es handelt sich hier um einen sogenannten "sterbenden" Berichtskreis, da handwerkliche Unternehmen, die ihre Beschäftigtenzahl unter 20 reduzieren, automatisch aus der Erhebung ausscheiden, während Unternehmen, deren Beschäftigtenzahl 20 und mehr erreicht

mangels Information nicht in die Erhebungsmasse einbezogen werden können. Für die größeren Unternehmen im warenproduzierenden Handwerk dürfte die Investitionsstruktur und die Investitionsintensität jedoch zutreffend dargestellt werden.

Anlageinvestitionen im warenproduzierenden Handwerk 1967-1970 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	1967	1968	1969	1970
Unternehmen	423	376	361	359
Beschäftigte	16 760	14 230	13 735	13 725
Investitionen insgesamt in 1000 DM	28 037	19 714	23 968	29 765
darunter				
Maschinen in 1000 DM	14 139	11 393	12 869	15 585
in %	50,4	57,8	53,7	52,4
Investitionen in DM je Beschäftigten	1 673	1 385	1 745	2 169

Zum Unterschied von der Industrie, wo Maschinen usw. mit einem Anteil von ca. 72% den Hauptposten der Investitionen ausmachen, ist im warenproduzierenden Handwerk diese Investitionsart nur mit 50 - 58% beteiligt. Dementsprechend haben Grundstücke und Gebäude ein erheblich größeres Gewicht (42 - 50%).

Im Straßenfahrzeugbau, dazu gehören auch Kfz-Reparaturwerkstätten, waren in allen betrachteten Jahren die Investitionen in Grundstücke und Gebäude sogar höher als in Maschinen usw. Als weiterer größerer Investor sind die Schlachtereien zu nennen. Hier übersteigen jedoch nur in den Jahren 1969 und 1970 die Investitionen in Grundstücke und Gebäude die in Maschinen. Der hohe Anteil der Grund-

stücke und Gebäude dürfte damit zusammenhängen, daß hier oft Wohnung und Betrieb kombiniert sind. Die Anlageinvestitionen im Straßenfahrzeugbau und in den Schlachtereien erreichten zusammen ungefähr die Hälfte der Investitionssumme der Unternehmen des warenproduzierenden Handwerks (mit 20 und mehr Beschäftigten).

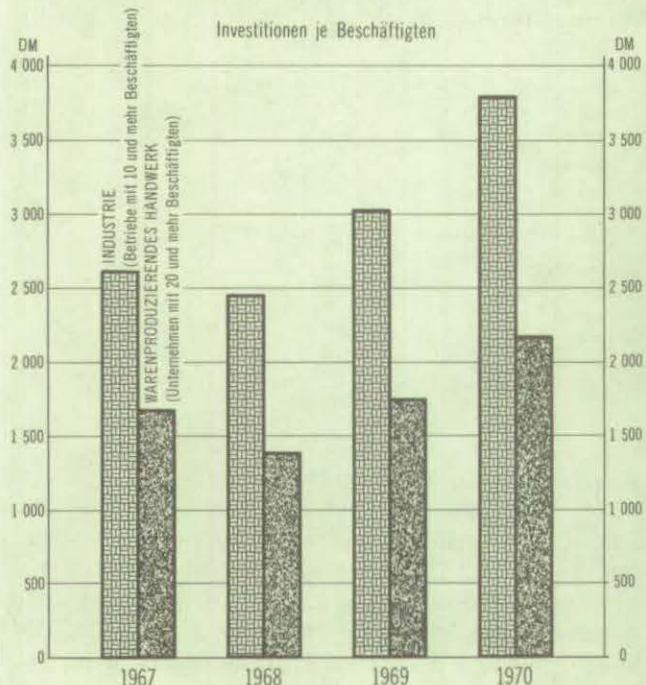
Jahr	Investitionen insgesamt	darunter Maschinen usw.	
		1 000 DM	in %
Straßenfahrzeugbau			
1967	9 946	3 438	34,6
1968	5 594	2 367	42,3
1969	7 132	2 752	38,6
1970	8 937	4 174	46,7
Schlachtereien und Fleischverarbeitung			
1967	4 328	3 106	71,8
1968	2 678	1 862	69,5
1969	5 243	2 476	47,2
1970	7 329	3 137	42,8

Die Investitionsintensität weist im Handwerk, wie auch in der Industrie, eine erhebliche Schwankungsbreite auf. Die Spannweite bewegt sich zwischen 366 DM in der Herstellung von nachrichten- und meßtechnischen Geräten und 5 527 DM je Beschäftigten in den Schlachtereien (beide Werte für 1970) bei einem durchschnittlichen Wert von 2 169 DM. In der Industrie betrug im gleichen Jahr die höchste Investitionsintensität rund 12 000 DM bei einem Mittelwert von rund 3 800 DM. Im zeitlichen

Verlauf gibt es eine gewisse Parallelität zwischen produzierendem Handwerk und Industrie; in der rezessiven Konjunkturphase 1968 ging die Investitionsintensität sowohl im produzierenden Handwerk als auch in der Industrie zurück, wie das Bild zeigt.

0 - 4390

Investitionsintensität in Industrie und Handwerk 1967 bis 1970



Im Handwerk war der Einbruch etwas stärker ausgeprägt als in der Industrie: der Rückgang

Investitionen im warenproduzierenden Handwerk 1967 - 1970 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Nr. der Grundsystematik	Wirtschaftsgliederung	Investitionen insgesamt 1 000 DM			
		1967	1968	1969	1970
2	Warenproduzierendes Handwerk (ohne Bau)	28 037	19 714	23 968	29 765
	darunter				
215	Gummi- und Asbestverarbeitung	323	762	343	261
220	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	634	503	249	571
239	Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei a. n. g.	1 252	946	1 264	1 027
240	Stahl- und Leichtmetallbau	1 991	1 486	1 985	2 181
242	Maschinenbau	1 834	1 670	1 710	3 045
244	Straßenfahrzeugbau	9 946	5 594	7 132	8 937
246	Schiffbau	632	624	1 047	1 460
250	Elektrotechnik	411	412	538	200
252/4	Feinmechanik und Optik, Herstellung und Reparatur von Uhren	1 810	845	1 171	770
261	Holzverarbeitung ¹	2 060	1 736	1 519	1 138
27	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe ²	322	368	121	274
284	Herstellung von Backwaren	1 784	1 338	819	1 226
291	Schlachtereien und Fleischverarbeitung	4 328	2 678	5 243	7 329

1) einschließlich Möbelpolsterei

2) ohne Möbelpolsterei

von 1967 auf 1968 machte 17% aus gegenüber 7% in der Industrie. In der Aufschwungsphase 1969 auf 1970 wuchs die Investitionsintensität im Handwerk kaum schneller als in der Industrie und blieb deshalb bei 57% der industriellen Investitionsintensität.

Investitionen

im Bauhauptgewerbe 1967 - 1970

Wie im warenproduzierenden ist auch im Bauhauptgewerbe die Darstellung der Investitionen auf Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten beschränkt. Der Berichtskreis läßt sich jedoch mit Hilfe der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe etwas besser als im Handwerk auf dem Laufenden halten. Die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten repräsentieren etwa 80% der Beschäftigten des gesamten Bauhauptgewerbes. Eine Besonderheit des Bauhauptgewerbes sind die Arbeitsgemeinschaften (Argen). Sie treten rechtlich zwar überwiegend als Quasi-Unternehmen auf, aber ihre differenzierte innere Struktur (Verhältnis der Stammfirmen zu der Arbeitsgemeinschaft), Mehrfach- und Überkreuzbeteiligungen der Stammfirmen sowie die relative Kurzlebigkeit der Argen erschweren eine vollständige und richtige Erfassung. Hinsichtlich der Regionalisierung von Daten des Bauhauptgewerbes ist überdies zu bemerken, daß derartige Vorhaben problematisch sind, da Erfassungsort (Sitz des Unternehmens) und Arbeitsort (Baustelle) häufig nicht übereinstimmen.

410 Mill. DM Investitionen von 1967 - 1970

Die größeren Unternehmen des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes investierten in dem betrachteten Zeitraum für rund

410 Mill. DM. Dabei stand in allen Jahren die Anschaffung von Maschinen, maschinellen Anlagen - dazu gehören auch Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Werkzeuge und Fahrzeuge - im Vordergrund. Über 360 Mill. DM oder nahezu neun Zehntel des gesamten Investitionsbetrages wurde für diese Güter aufgewendet. In den Industriebetrieben liegt der Anteil dieser Investitionsart im Mittel bei 70%. Die Investitionsintensität belief sich 1967 auf gut 1 500 DM je Beschäftigten und stieg bis 1970 auf beinahe 2 800 DM.

Im Zeitverlauf ist die gleiche Entwicklung wie in der Industrie festzustellen: die Investitionsneigung war 1969 und 1970 deutlich größer als in den beiden vorhergehenden Jahren.

Investitionen im Bauhauptgewerbe 1967 - 1970

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	1967	1968	1969	1970
Unternehmen	768	694	717	682
Beschäftigte	49 427	47 567	48 088	48 469
Investitionen insges. in 1000 DM	76 044	79 389	120 622	133 846
darunter				
Maschinen in 1000 DM	62 094 ^a	71 871	107 958	118 737
in %	81,7 ^a	90,5	89,5	88,7
Investitionen in DM je Beschäftigten	1 539	1 669	2 508	2 761

a) ohne Argen

Im Unterschied zur Industrie und zum produzierenden Handwerk ist die Investitionsintensität in der Rezessionsphase 1968 im Bauhauptgewerbe nicht zurückgegangen. Sie liegt im Niveau allerdings um etwa 1 000 DM (außer in 1969) niedriger als in den Industriebetrieben. Im Vergleich zum produzierenden Handwerk - 1967 ausgenommen - jedoch merklich höher; 1969 machte der Niveauunterschied fast 800 DM aus, 1970 sind es

Investitionen in den Wirtschaftszweigen des Bauhauptgewerbes 1967 - 1970

Nr. der Grundsystematik	Wirtschaftsgliederung	Investitionen insgesamt Mill. DM				Investitionen in DM je Beschäftigten
		1967	1968	1969	1970	
30000	Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	11,1	14,5	16,4	23,2	3 176
30040	Hoch- und Ingenieurhochbau	24,0	23,4	31,9	34,2	1 529
30070	Tief- und Ingenieurtiefbau	15,5	15,5	24,4	28,5	4 302
30075	Straßenbau	22,4	24,2	44,8	44,4	4 377
302	Spezialbau ¹	0,5	0,4	1,4	1,5	2 045
305	Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	0,0	0,0	0,0	0,0	306
30800	Zimmerei und Ingenieurholzbau	1,6	0,8	1,1	1,7	2 412
30850	Dachdeckerei	0,9	0,6	0,6	0,4	646
30	Insgesamt	76,0	79,4	120,6	133,8	2 761

¹⁾ In dieser Position sind folgende Wirtschaftszweige zusammengefaßt:

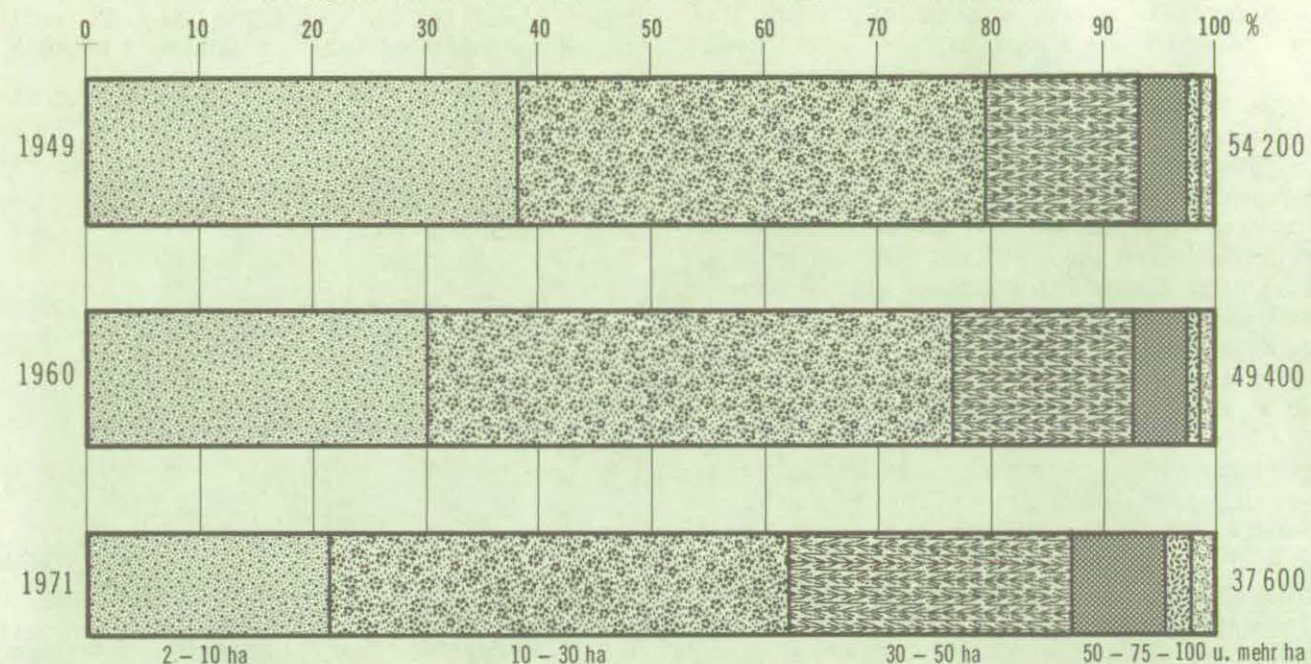
30200 Schornstein, Feuerungs- und Industrieofenbau
30203 Dämmung und Abdichtung

30206 Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung
30209 Abbruch, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe

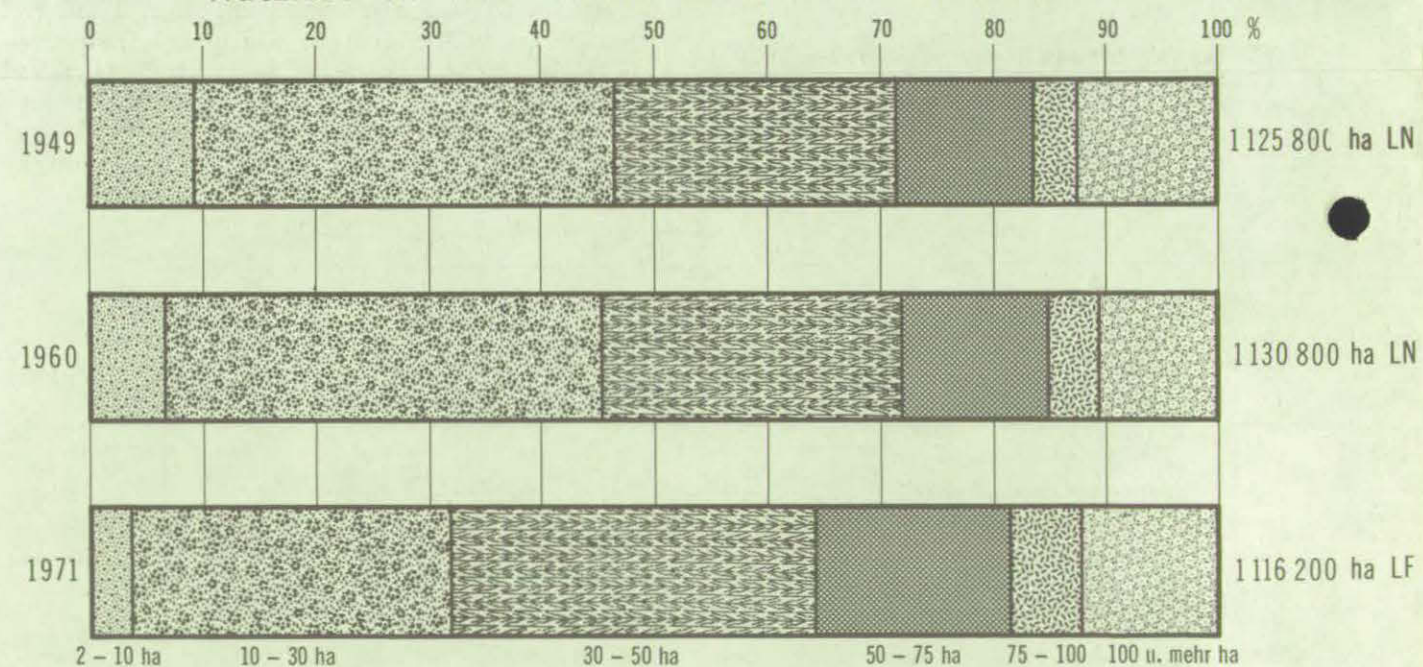
BETRIEBSGRÖSSEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

GRAFIK DES MONATS AUGUST 1972

Betriebe nach Größenklassen der Nutzfläche^{*)}



Nutzflächen nach Größenklassen der Nutzfläche^{*)}

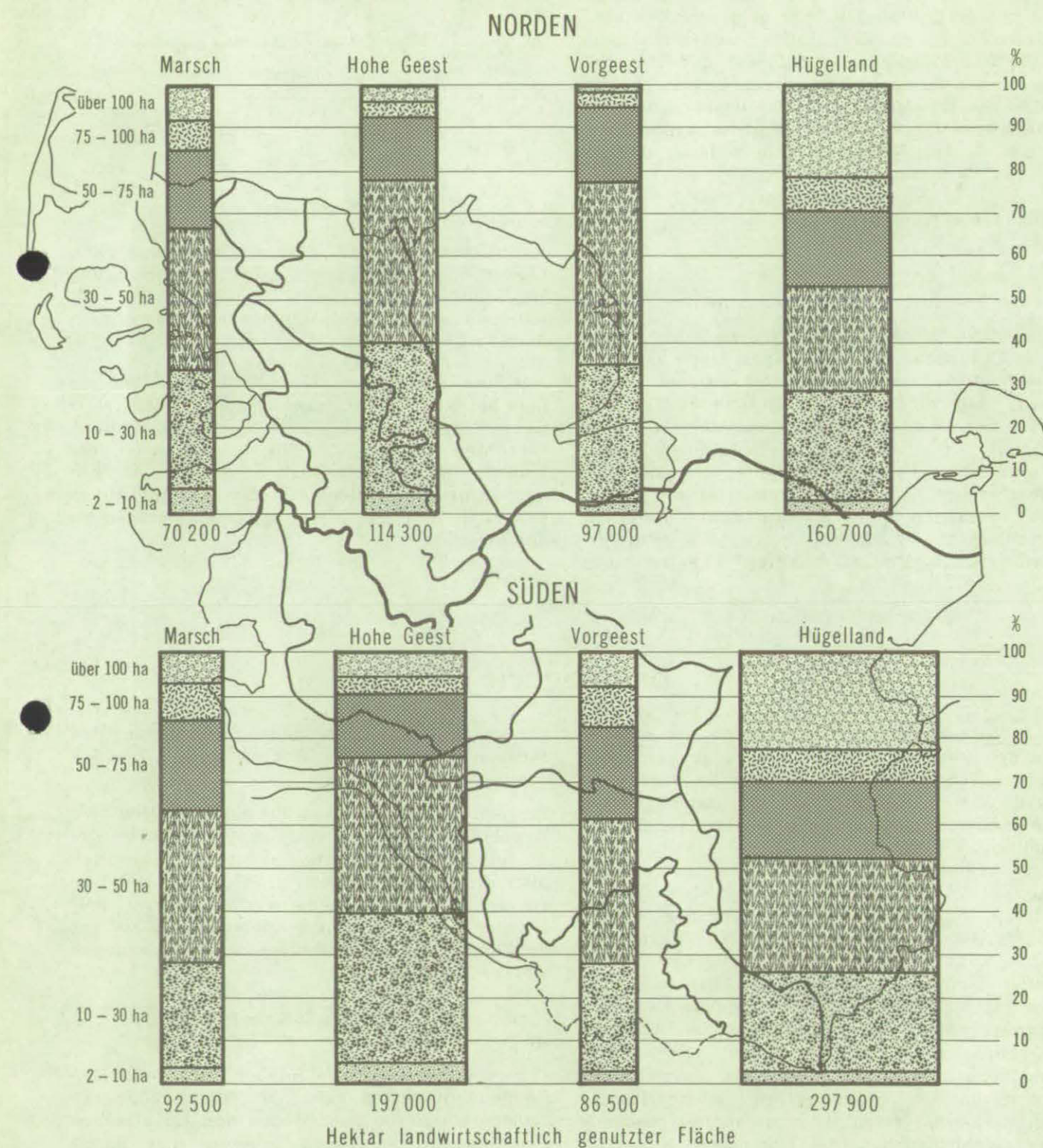


^{*)} 1949 und 1960 Größenklassen der LN, 1971 der LF.

Die LF (landwirtschaftlich genutzte Fläche) ist begrifflich enger abgegrenzt als die LN (landwirtschaftliche Nutzfläche); in der LF sind die nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen, Parkanlagen und Ziergärten nicht enthalten.

In Schleswig-Holstein sind die dadurch verursachten Differenzen bedeutungslos.

Anteile der Größenklassen an der LF^{*)} 1971 in den Naturräumen



noch rund 600 DM. Der Anteil der Investitionen am Bruttoproduktionswert (das ist der Wert der Jahresbauleistung, der selbsterstellten Anlagen und des sonstigen Umsatzes) ist von 4,6% im Jahre 1967 auf 7,5% im Jahre 1969 gestiegen, um dann 1970 leicht auf 7,2% abzusinken.

Seit 1968 wird das größte Investitionsvolumen im Straßenbau verwirklicht, sein Anteil liegt seitdem bei etwa einem Drittel des gesamten Betrages. Zusammen mit dem "verwandten" Tiefbau ist es die Hälfte und mehr des Investitionsvolumens im Bauhauptgewerbe. Die Investitionsintensität überschreitet in beiden Wirtschaftszweigen den Mittelwert erheblich. Die unterschiedliche Kapitalintensität zwischen den Tief- und Straßenbauunternehmen und den reinen Hochbauunternehmen wird deutlich, wenn man die Investitionsintensitäten miteinander vergleicht.

Große Unternehmen investieren mehr

Die Investitionsdaten wurden auch nach der Unternehmensgröße (gemessen an der Beschäftigtenzahl) aufbereitet. Dabei ergibt sich, daß die Investitionsintensität im allgemeinen mit steigender Unternehmensgröße wächst. In allen betrachteten Jahren haben die kleineren Unternehmen (20-99 Beschäftigte) die niedrigste Investitionsintensität; sie bewegt sich zwischen 1 200 DM im Jahre 1967 und reichlich 2 200 DM im Jahre 1970. Für die mittelgroßen Bauunternehmen ergeben sich

Werte zwischen 1 700 DM und knapp 2 600 DM, während die großen Unternehmen zwischen gut 2 300 DM und über 4 000 DM je Beschäftigten investierten. Hier ist der Betrag in einem Jahr (1969) sogar mehr als doppelt so hoch wie in den kleinen Unternehmen, nämlich 4 200 DM gegenüber 1 750 DM.

Investitionsintensitäten im Bauhauptgewerbe nach Größenklassen
Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Größenklasse (Beschäftigte)	Investitionen in DM je Beschäftigten			
	1967	1968	1969	1970
20 - 99	1 209	1 270	1 745	2 220
100 - 199	1 698	1 920	2 633	2 563
200 und mehr	2 336	2 359	4 196	4 030
Insgesamt	1 539	1 669	2 508	2 761

Auffallend ist, daß bei den mittleren und großen Bauunternehmen die Investitionsneigung im Jahre 1970 etwas nachgelassen hat, während sie bei den kleineren Unternehmen noch kräftig anstieg.

Abschließend ist noch festzuhalten, daß in dem betrachteten Zeitraum rund 27,5 Mill. DM Erlöse aus dem Verkauf von Anlagegütern (darunter 2,3 Mill. DM für unbebaute Grundstücke) gemeldet wurden. Das ist ein verhältnismäßig niedriger Betrag gegenüber 410 Mill. DM Zugängen auf Anlagekonten in der gleichen Zeit.

Siegfried Schwarz

Bautätigkeit 1971

Das Wohnungsbaujahr 1971 wurde zwar nicht ein neues Rekordbaujahr, wie an dieser Stelle vorausgesagt, aber die Steigerung gegenüber 1970 war ganz beträchtlich. Damit schlug die rückläufige Entwicklung der Baufertigstellungen, die als Folge der Rezession von 1966/67 mit zeitlichem Abstand im Jahre 1968 eingesetzt hatte, um und brachte mit 28 276 fertiggestellten Wohnungen wieder ein Ergebnis auf dem hohen Niveau der Jahre 1964 bis 1967. Begünstigt wurde diese Entwicklung vor allem dadurch, daß es infolge des milden Winters und des guten Herbstes kaum größere witterungsbedingte Arbeitsunterbrechungen gab und ein sehr hoher Bauüberhang bestand. Außerdem wurde durch die veränderte Konjunkturlage die Investitionstätigkeit der Wirtschaft beeinträchtigt, wodurch der Wohnungsbau frei werdende Kapazität übernehmen konnte. Hinzu kommt, daß bei

der weiter fortschreitenden Geldentwertung das Streben nach realen Werten immer größer wird.

In den folgenden Ausführungen sollen die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik im einzelnen dargestellt und damit ein Überblick über die Hochbautätigkeit in Schleswig-Holstein im Jahre 1971 gegeben werden. Dabei soll entsprechend dem chronologischen Ablauf bei der Durchführung von Bauvorhaben vorgegangen werden.

Neuer Höchststand der Baugenehmigungen im Wohnungsbau

Die von den Bauaufsichtsbehörden erteilten Baugenehmigungen geben Aufschluß über die Bauabsichten von natürlichen und juristischen Personen in Schleswig-Holstein und damit einen Hinweis auf die zukünftige Entwicklung

der Hochbautätigkeit in unserem Lande. 1971 brachte ein bisher noch nicht erreichtes Ergebnis. Mit den erteilten Genehmigungen für insgesamt 34 557 Wohnungen in Wohnbauten und Nichtwohnbauten wurde das bisherige Spitzenjahr 1964 noch um 3 000 Wohnungen übertroffen. Gegenüber 1970 ist eine Zunahme um 6 268 Wohnungen (22%) festzustellen.

Genehmigte Wohnungen 1971

	Es sollen entstehen durch		Insgesamt
	Errichtung neuer Gebäude	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	
Wohnbau	32 564	1 165	33 729
Nichtwohnbau	820	8	828
Hochbau insgesamt	33 384	1 173	34 557

Im Wohnbau sollten nach den 1971 erteilten Genehmigungen rund 11 700 Wohngebäude mit etwa 32 600 Wohnungen entstehen. Von diesen Wohngebäuden sind rund 10 400 Ein- und Zweifamilienhäuser und gut 1 300 Mehrfamilienhäuser. Auf die Ein- und Zweifamilienhäuser entfallen etwa 11 400 Wohnungen, woraus unmittelbar ersichtlich ist, daß der ganz überwiegende Teil dieser Gebäude Einfamilienhäuser sind. 1971 sind 10% mehr Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt worden als 1970. Bei den Mehrfamilienhäusern lag die Zuwachsrate mit 15% noch etwas höher. Außerdem ist festzustellen, daß die Mehrfamilienhäuser immer größer werden, denn jedes 1971 genehmigte Gebäude umfaßt im Durchschnitt 15,8 Wohnungen gegenüber 13,4 Wohnungen im Jahr davor. Wenn ein Bauherr sich heute zum Bau eines Mehrfamilienhauses entschließt, dann plant er gleich eine hohe Anzahl von Wohnungen ein. Die Tendenz zu großen Mehrfamilienhäusern und Hochhäusern ist also unverkennbar. In den Einfamilienhäusern sind im Durchschnitt 111 Quadratmeter Wohnfläche vorgesehen, in den Zweifamilienhäusern umfaßt die Wohnung im Durchschnitt

noch 85 Quadratmeter und in den Mehrfamilienhäusern nur noch 61 Quadratmeter.

Wie groß die wertmäßige Veränderung der reinen Wohnbauten ist, wird durch die Entwicklung der veranschlagten reinen Baukosten, das heißt ohne Grundstücks- und Erschließungskosten, gekennzeichnet. Da Wohngebäude als solche bereits gezählt werden, wenn sie auch nur zur Hälfte Wohnzwecken dienen, würde die Darstellung der Kostenentwicklung nach den veranschlagten reinen Baukosten je Bruttowohnfläche das Ergebnis verfälschen. Einmal ist der Anteil an den Wohngebäuden, der Nichtwohnzwecken dient, je nach Gebäudeart unterschiedlich und außerdem ändert sich dieser Anteil von Jahr zu Jahr. Als Bezugsgröße kann aber der umbaute Raum genommen werden. Danach ergibt sich, daß die veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauter Raum im Wohnbau 1971 mit 144 DM um 14% über dem Vorjahresergebnis lagen. Aber auch hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die Kostenentwicklung zum Teil durch die Veränderungen in der Zusammensetzung der Gebäudearten, der Konstruktion sowie der Ausführung und Ausstattung der Gebäude beeinflußt wird.

Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden erhöhen sich die Baugenehmigungen im Wohnbau 1971 um knapp 1 200 auf gut 33 700 Wohnungen. Damit sind im Wohnbau 24% mehr Wohnungen genehmigt worden als 1970.

An den Baugenehmigungen im Neubau sind die privaten Haushalte mit über 13 000 Wohnungen (40%) am stärksten beteiligt. Mit erheblich weniger Genehmigungen (7 130) folgen als zweitgrößte Bauherrngruppe die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen, die auch zusammen mit den sonstigen Wohnungsunternehmen mit einem Anteil von 38% hinter den privaten Haushalten zurückbleiben. 19% der Baugenehmigungen für Wohnungen im Wohnbau wurden an Unternehmen und freie Berufe erteilt. Die öffentlichen

Baugenehmigungen im Wohnbau 1971 nach Gebäudearten und Bauherren

– Errichtung neuer Gebäude –

Gebäudeart Bauherr	Gebäude	Wohnungen	Bruttowohnfläche 1 000 m ²	Veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM
Einfamilienhäuser	9 325	9 325	1 030,5	849 769,5
Zweifamilienhäuser	1 053	2 106	179,5	140 492,6
Mehrfamilienhäuser	1 340	21 133	1 299,1	900 645,6
Wohngebäude insgesamt	11 718	32 564	2 509,1	1 890 907,7
davon				
Öffentliche Bauherren	93	937	44,1	61 473,5
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	1 370	7 134	517,4	346 064,2
Sonstige Wohnungsunternehmen	1 223	5 229	374,7	259 215,0
Unternehmen und freie Berufe	867	6 225	370,1	251 695,9
Private Haushalte	8 165	13 039	1 203,0	972 459,1

Bauherren sind im Wohnbau von untergeordneter Bedeutung.

Rückläufige Tendenz bei den Genehmigungen im Nichtwohnbau

Im Gegensatz zur Entwicklung im Wohnbau ist die Nachfrage nach Nichtwohnbauten erheblich zurückgegangen. Mit 1 880 genehmigten Nichtwohngebäuden und insgesamt 8,4 Mill. Kubikmeter umbauten Raum bleiben die Gebäude um 14% und der umbaute Raum um 12% hinter dem Ergebnis von 1970 zurück. Damit ist der seit 1967 ständige Anstieg des umbauten Raumes vorerst zum Stillstand gekommen. Weiter fortgeschritten ist dagegen die bereits seit 1963 festgestellte Entwicklung zu immer größeren Ausmaßen der Nichtwohnbauten. Hier war 1971 noch eine Steigerung von 4 379 auf 4 459 Kubikmeter umbauten Raum im Durchschnitt je Nichtwohngebäude festzustellen. Zum Vergleich hatte 1963 ein genehmigtes Nichtwohngebäude durchschnittlich nur 1 310 Kubikmeter umbauten Raum.

Ist der Rückgang gemessen an der Zahl der Gebäude und am umbauten Raum bei den Nichtwohnbauten insgesamt relativ etwa gleich stark, so ergeben sich bei den einzelnen Gebäudearten zum Teil erhebliche Unterschiede. 1971 wurden 26% weniger Schulgebäude genehmigt als 1970, der umbaute Raum stieg aber um 27% an. Nach den Genehmigungen im Jahre 1971 enthalten die Schulbauten durchschnittlich 8 151 Kubikmeter umbauten Raum gegenüber 4 744 Kubikmeter im Jahre 1970. Die Ausmaße der Schulbauten sind damit durchschnittlich wesentlich größer als der Durchschnitt der Nichtwohnbauten insgesamt. Dagegen wurden 1971 wesentlich kleinere Anstaltsgebäude genehmigt als im Jahr davor, denn die Anzahl der Gebäude verringerte sich um 4%, die des umbauten Raumes aber um 35%. Bei den Bürogebäuden

ist trotz eines geringen zahlenmäßigen Anstieges der umbaute Raum gesunken.

Von weitaus größter Bedeutung nach Anzahl und umbautem Raum im Nichtwohnbau 1971 sind die gewerblichen Betriebsgebäude, die 47% der Gebäude stellen und sogar zu 58% am umbauten Raum beteiligt sind. Diese Gebäude haben im Durchschnitt einen umbauten Raum von 5 495 Kubikmeter und liegen damit ganz erheblich über dem Gesamtdurchschnitt der Nichtwohnbauten. Von geringer Bedeutung sind danach die Anstalts-, Schul- und Bürogebäude.

Mißt man dagegen die Bedeutung an den veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauten Raum, dann ergibt sich ein anderes Bild. Danach liegen die Bürogebäude mit kalkulierten 205 DM je Kubikmeter an der Spitze, gefolgt von den Anstaltsgebäuden mit 185 DM und den Schulgebäuden mit 176 DM. Wesentlich weniger Kosten verursacht dagegen der Bau von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, für die 35 DM je Kubikmeter veranschlagt wurden. Auch die gewerblichen Betriebsgebäude sind mit 77 DM je Kubikmeter noch relativ kostengünstig. Für alle Nichtwohngebäude wurden 1971 im Durchschnitt je Kubikmeter umbauten Raum 104 DM reine Baukosten angesetzt. 1970 kam man dagegen noch mit 95 DM je Kubikmeter aus. Die Nichtwohnbauten sind damit innerhalb eines Jahres um fast 10% teurer geworden.

Auch im Nichtwohnbau werden neben der Errichtung neuer Gebäude noch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden genehmigt. Diese Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind aber von untergeordneter Bedeutung, denn von den im Nichtwohnbau insgesamt veranschlagten reinen Baukosten von 958 Mill. DM entfielen 1971 nur knapp 9% auf diese Baumaßnahmen.

Baugenehmigungen im Nichtwohnbau 1971 nach Gebäudearten und Bauherren

- Errichtung neuer Gebäude -

Gebäudeart Bauherr	Gebäude	Umbauter Raum 1 000 m ³	Veranschlagte reine Baukosten	
			1 000 DM	je m ³ umbauten Raumes
Anstaltsgebäude	51	349,0	64 536,7	185
Bürogebäude	182	618,8	126 793,8	205
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	349	815,3	28 802,6	35
Gewerbliche Betriebsgebäude	883	4 852,1	375 906,6	77
Schulen	79	643,9	113 511,3	176
Sonstige Nichtwohngebäude	336	1 102,4	165 449,3	150
Nichtwohngebäude insgesamt	1 880	8 381,5	875 000,3	104
davon				
Öffentliche Bauherren	377	2 081,8	369 954,1	178
Unternehmen und freie Berufe	1 441	6 178,4	496 010,5	80
Private Haushalte	62	121,3	9 035,7	74

An den Genehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude im Nichtwohnbau 1971 sind neben den Unternehmen und freien Berufen vor allem die öffentlichen Bauherren beteiligt. Ergibt sich gemessen am umbauten Raum noch ein klares Übergewicht von 74% gegenüber 25% zugunsten der Unternehmen und freien Berufe, so nähern sich diese beiden Bauherrngruppen gemessen an den veranschlagten reinen Baukosten mit Anteilen von 57% und 42% in ihrer Bedeutung an. Diese Annäherung liegt darin begründet, daß die öffentlichen Bauherren relativ stärker an den Objekten mit überdurchschnittlich hohen Kosten je Kubikmeter umbauten Raum beteiligt sind. Die Schulgebäude fallen sogar ausschließlich in den öffentlichen Bereich.

Der Fertigteilbau stagniert

Im schleswig-holsteinischen Wohnbau hat sich die Fertigteilbauweise nicht so weiter entwickelt wie nach dem Ergebnis von 1966 zu vermuten gewesen wäre. 1966 stieg der Anteil der zum Montagebau freigegebenen Wohnungen an den genehmigten Wohnungen insgesamt auf 11,5% gegenüber 4,4% im Jahre 1965. Danach ging die Bedeutung dieser Bauweise wieder leicht zurück und hielt seit 1967 einen nahezu konstanten Anteil, der sich 1971 auf 9,1% belief. Zum besseren Verständnis sei kurz erläutert, was nach den Richtlinien für die Bautätigkeitsstatistik als Fertigteilbau ausgewiesen wird. Danach fallen die Bauwerke darunter, bei denen für Außen- und Innenwände geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile (vorgefertigte Bauteile), zum Beispiel großformatige Wandtafeln, verwendet werden. Vorgefertigte Bauteile sind tragende oder nichttragende Teile, die nicht an der Einbaustelle hergestellt wurden. Sie müssen ohne weitere Bearbeitung mit Hilfe von Anschlußmitteln zum Bauwerk zusammengefügt oder mit örtlich (im Bauwerk) hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können. Daneben können Teile eines Gebäudes in herkömmlicher Weise erstellt werden.

Im Wohnungsbau konzentrierte sich die Fertigteilbauweise vor allem auf den Bau von Einfamilienhäusern. Aufgrund der etwas günstigeren Kostenbedingungen vor allem infolge der garantierten Festpreise und der kurzen Bauzeiten entschied sich fast jeder achte Bauherr eines Einfamilienhauses für ein Fertighaus. Gegenüber dem Vorjahr konnte die Zahl zwar absolut leicht erhöht werden, aber relativ ergibt sich ein leichter Rückgang.

Bei den Zwei- und Mehrfamilienhäusern hat sich die Fertigteilbauweise noch nicht so gut durchsetzen können, denn bei den Zweifamilienhäusern wurden nur 6,5% und bei den Mehr-

familienhäusern 7,9% der Wohnungen für den Montagebau freigegeben. Der Bauwirtschaft steht für diese Bauweise im Wohnungsbau also noch ein weites Feld offen, und sie wird wahrscheinlich sogar gezwungen sein, auf diesem Gebiet weiter vorzustoßen, weil es an Nachwuchskräften auf den Baustellen mangelt. Wenn hier nicht die ausländischen Arbeitskräfte eingesprungen wären, würde die Bauwirtschaft schon heute vor großen Schwierigkeiten stehen. Sie wird also in Zukunft immer mehr auf Fertigbau und Vorfertigung umsteigen müssen. Für einen weiteren und endgültigen Erfolg des Fertigteilbaues wird es dann allerdings entscheidend sein, ob es gelingt, durch Schaffung eines ständig aufnahmebereiten Marktes die Abnahme großer Serien auf längere Zeit zu sichern.

Verglichen mit dem gesamten Bundesgebiet hat der Fertigteilbau in Schleswig-Holstein immer noch überdurchschnittliche Bedeutung, wobei sich allerdings durch den ständigen Anstieg im Bundesgebiet eine Angleichung abzeichnet. 1971 lag der schleswig-holsteinische Montagebau mit einem Anteil von 9,1% an den insgesamt genehmigten Wohnungen noch um 2,1 Punkte über dem Bundesergebnis.

Anteil des Fertigteilbaus

Jahr	Wohnungen in Wohngebäuden		Umbauter Raum in Nichtwohngebäuden in 1 000 m ³	
	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
	in % aller entsprechenden Baugenehmigungen des jeweiligen Jahres			
1965	4,4	3,7	2,6	4,7
1966	11,5	4,7	5,2	9,7
1967	9,3	6,3	6,3	11,8
1968	9,4	6,3	16,7	14,6
1969	8,7	5,4	23,2	16,1
1970	9,5	6,2	28,0	20,2
1971	9,1	7,0	25,3	20,5

Im schleswig-holsteinischen Nichtwohnbau ist der rasante Anstieg des Fertigteilbaues mit einer Erhöhung seines Anteils am umbauten Raum von knapp 3% im Jahre 1965 auf 28% im Jahre 1970 im darauffolgenden Jahr zum Stillstand gekommen. Zwar stieg die Zahl der in Fertigteilbauweise genehmigten Gebäude weiterhin leicht an, aber es sind 1971 zum ersten Mal seit Einführung dieser Statistik im Jahre 1965 weniger umbauter Raum und weniger Nutzfläche als im Jahr davor für den Montagebau freigegeben worden, und zwar gingen der umbaute Raum um 20% und die Nutzfläche um 14% zurück.

Der Fertigteilbau hat sich im Nichtwohnbau wesentlich stärker durchsetzen können als im Wohnbau, denn trotz des letztjährigen Rückgangs ist er zu 25% am umbauten Raum und zu 26% an der Nutzfläche beteiligt, die sich insgesamt aus den Genehmigungen neuer Nichtwohngebäude ergeben. Bei den einzelnen Gebäudearten sind erhebliche Unterschiede festzustellen. So kam die Fertigteilbauweise besonders bei Schulbauten zum Zuge, denn nicht weniger als 44% der Schulbauten, die 33% des umbauten Raumes aller Schulbauten ausmachen, sind für diese Bauweise freigegeben. Auch die sonstigen Nichtwohngebäude und die gewerblichen Betriebsgebäude sind mit Anteilen von 29% und 27% am umbauten Raum der jeweiligen Gebäudeart insgesamt überdurchschnittlich stark vertreten. Dagegen ist der Montagebau bei Anstaltsgebäuden von untergeordneter Bedeutung, was insofern nicht verwundert, als es sich hierbei um Spezialbauten wie Krankenhäuser handelt, bei denen eine Vorfertigung kaum zweckmäßig ist.

Auch im Nichtwohnbau liegt Schleswig-Holstein mit einem Anteil des Fertigteilbaues von 25% am umbauten Raum aller genehmigten Nichtwohngebäude im Jahre 1971 um fast 5 Punkte über dem Bundesergebnis. Bis 1967 lag Schleswig-Holstein noch unter dem Bundesdurchschnitt. Danach hat sich diese Bauweise im schleswig-holsteinischen Nichtwohnbau bis zum Umschwung im Jahre 1971 besonders stark entwickelt.

Hervorragendes Ergebnis der Bauproduktion

Infolge des hohen Bauüberhangs der genehmigten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden und der günstigen Witterungsbedingungen konnte die Bauproduktion 1971 gegenüber dem Vorjahr erheblich ausgeweitet werden. Die 1971 in Schleswig-Holstein insgesamt fertiggestellten 28 276 Wohnungen bedeuten eine

Baufertigstellungen 1962 bis 1971

Jahr	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden			
	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	Insgesamt	darunter durch Errichtung neuer Gebäude
1962	11 409	3 738	26 281	23 866
1963	11 718	3 670	25 570	23 089
1964	12 397	4 225	29 855	26 598
1965	11 978	1 971	29 363	26 646
1966	11 555	1 938	28 619	26 176
1967	11 924	1 969	28 694	25 475
1968	9 893	1 830	25 771	24 328
1969	9 407	1 939	24 110	22 777
1970	8 966	1 786	22 039	21 007
1971	10 675	2 041	28 276	27 207

Steigerung um 6 237 Wohnungen, das sind 28% mehr als 1970. Damit liegt die Produktion von Wohnungen nur 5% unter dem Rekordergebnis des Jahres 1964.

1971 wurden insgesamt 10 675 neue Wohngebäude errichtet, darunter allein 8 327 Einfamilienhäuser. In diesen Wohngebäuden entstanden 26 243 Wohnungen, 60% dieser Wohnungen befinden sich in den 1 237 Mehrfamilienhäusern (Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen). Damit entfielen auf ein Mehrfamilienhaus im Durchschnitt 12,7 Wohnungen. Die Größe der Wohnungen hat sich nochmals erhöht, wie der folgenden Übersicht entnommen werden kann:

	Eine Wohnung umfaßt durchschnittlich			
	Wohnfläche in m ²		Räume	
	1971	1970	1971	1970
Einfamilienhäuser	109	107	5,5	5,6
Zweifamilienhäuser	83	80	4,4	4,3
Mehrfamilienhäuser	64	61	3,4	3,3
Wohngebäude zusammen	80	78	4,2	4,1

Die Ausstattung der Wohnungen ist gemessen am Vorhandensein von Zentralheizung und Bad/Dusche nahezu vollkommen, denn 98,4% der Neubauwohnungen werden zentralbeheizt und 99,5% haben Bad/Dusche. Zusammen mit der Vergrößerung der Wohnungen ist damit der Wohnkomfort weiter verbessert worden.

Für rund 4 600 der insgesamt fertiggestellten Wohnungen wurden Mittel des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus bereitgestellt, das sind 463 Wohnungen mehr als 1970. Ihr Anteil an allen Fertigstellungen ist aber weiter auf 16% gesunken. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß auf Grund des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (§ 88) außerhalb des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus zusätzlich Wohnungen mit direkten staatlichen Hilfen begünstigt werden. Dieser sogenannte zweite Förderungsweg ermöglicht es, auch für Bezieher von etwas höherem Einkommen mit befristeten Aufwendungshilfen den Wohnungsbau zu fördern.

Beim Vergleich der Bauproduktion 1971 gemessen an den fertiggestellten Wohnungen je 10 000 Einwohner liegt Schleswig-Holstein mit einem Wert von 111,2 an der Spitze aller Bundesländer. Im gesamten Bundesgebiet wurde nur eine Quote von 90,2 erzielt. Schleswig-Holstein hat also die bundesdurchschnittliche Bauproduktion ganz erheblich übertroffen.

Bautätigkeit 1971 in den Bundesländern

	Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	28,3	111,2
Berlin	21,7	104,0
Bayern	106,8	99,9
Hessen	54,1	98,5
Baden-Württemberg	85,9	94,9
Niedersachsen	65,9	91,8
Bremen	6,2	85,4
Nordrhein-Westfalen	139,9	81,6
Hamburg	13,7	76,7
Rheinland-Pfalz	26,6	72,4
Saarland	5,4	48,2
Bundesgebiet	554,4	90,2

Im schleswig-holsteinischen Nichtwohnbau 1971 wurden 2 041 neue Gebäude mit rund 8,1 Mill. Kubikmeter umbauten Raum und etwa 1,5 Mill. Quadratmeter Nutzfläche errichtet. Damit sind 255 Gebäude (14%) mehr erstellt worden als 1970, der umbaute Raum und die Nutzfläche haben sogar um jeweils 30% zugenommen. Eine besonders positive Entwicklung ergibt sich bei den Schulbauten, die nach der Zahl der Gebäude von 66 auf 103 um 56%, nach dem umbauten Raum um 79% und nach der Nutzfläche um 90% anstiegen.

Höchster Stand des Bauüberhangs

In den Bauüberhang, der jeweils zum Ende eines Jahres neu ermittelt wird, gehen alle genehmigten Wohnungen ein, die noch nicht als fertiggestellt gemeldet wurden. Dabei wird unterschieden nach im Bau befindlichen und noch nicht begonnenen Objekten, wobei die im Bau befindlichen nochmals danach untergliedert werden, ob sie bereits unter Dach oder noch nicht unter Dach sind. Der Bauüberhang gibt also den bereits vorhandenen Bauvorrat für das nächste Jahr an und gilt durch die aufgegliederte Form als Indiz für die kurzfristige Entwicklung der Bauwirtschaft. Allerdings kann nach der Entwicklung der letzten beiden Jahre nicht mehr von der bis dahin gültigen Regel ausgegangen werden, daß im Laufe eines Jahres mindestens so viele Wohnungen fertiggestellt werden wie am Jahresanfang im Bau befindlich waren. 1970 machte die Zahl der Fertigstellungen nämlich nur 84% der zu Beginn des Jahres im Bau befindlichen Wohnungen aus, und 1971 ergaben sich 88%.

Der Bauüberhang des Jahres 1971 hat in Schleswig-Holstein mit 44 172 Wohnungen den bisher höchsten Stand erreicht. Damit ist das bisherige Rekordjahr 1970 noch um über 5 000 Wohnungen (14%) übertroffen worden. Von den im Bauüberhang erfaßten Wohnungen

standen bereits 43% unter Dach. Zusammen mit den übrigen bereits begonnenen, aber noch nicht unter Dach befindlichen Wohnungen, also für den echten Bauüberhang, ergibt sich ein beachtlich hoher Anteilswert von 82%. Die Aussichten für das Wohnungsbaujahr 1972, auf die später noch näher eingegangen wird, erscheinen also recht günstig.

Wohnungsbestand am 1. 1. 1972

Der genaue Bestand an Gebäuden und Wohnungen wird in größeren Zeitabständen durch Totalzählungen festgestellt und zwischen den Zählungen nach den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik fortgeschrieben. Nach dem Fortschreibungsergebnis gab es zu Beginn dieses Jahres in Schleswig-Holstein etwa 454 000 Wohngebäude und rund 916 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Gegenüber dem Vorjahr haben die Wohngebäude um 2,3% und die Wohnungen insgesamt um 3,0% zugenommen. In den letzten 10 Jahren sind nach Abzug der Abgänge durch Abbruch, Brand und dergleichen rund 225 000 Wohnungen hinzugekommen, so daß fast jede vierte Wohnung in Schleswig-Holstein nicht älter als 10 Jahre ist.

Beim Vergleich des Bestandes an Wohnungen je 100 Einwohner mit den anderen Bundesländern nimmt Schleswig-Holstein eine hervorragende Stelle ein, denn unser Land liegt mit 36,0 Wohnungen je 100 Einwohner an der Spitze der Flächenländer und wird nur von den drei Stadtstaaten übertroffen.

Wohnungsbestand in den Bundesländern am 1. 1. 1972

Land	Bestand	
	in 1 000	je 100 Einwohner
Berlin	1 025	49,2
Hamburg	711	39,9
Bremen	288	39,7
Schleswig-Holstein	916	36,0
Hessen	1 916	34,9
Saarland	384	34,3
Nordrhein-Westfalen	5 834	34,0
Rheinland-Pfalz	1 247	33,9
Bayern	3 608	33,8
Niedersachsen	2 414	33,6
Baden-Württemberg	2 985	33,0
Bundesgebiet	21 329	34,7

Perspektiven für das Jahr 1972

Die Anzeichen sprechen dafür, daß das Wohnungsbaujahr 1972 das vergangene gute Jahr noch übertreffen wird. Nach dem Ergebnis des 1. Halbjahres 1972 zeichnet sich das jedenfalls deutlich ab, denn die Zahl der insgesamt fertiggestellten 6 252 Wohnungen ist

gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1 190 höher, was einer Zunahme um 24% entspricht. Auch der Bauville ist anhaltend hoch und wächst trotz des bereits erreichten sehr hohen Standes noch weiter, denn die Baugenehmigungen sind im ersten Halbjahr 1972 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2 337 auf 18 629 Wohnungen gestiegen.

Wenn in den folgenden Monaten also nichts ganz Außergewöhnliches geschieht, dann müßte 1972 für den Wohnungsbau ein neues Rekordjahr werden. Bisher wurden die meisten Fertigstellungen mit 29 855 Wohnungen im Jahre 1964 gemeldet. Damals belief sich die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 6 179 im ersten Halbjahr und lag damit geringfügig unter dem entsprechenden Ergebnis dieses Jahres.

Im Nichtwohnbau zeichnet sich dagegen eine rückläufige Tendenz ab, was sich bereits durch den Rückgang der Baugenehmigungen im Vorjahr ankündigte. Im ersten Halbjahr ist die Zahl der fertiggestellten Gebäude zwar gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 2% leicht gestiegen, aber der umbaute Raum ist um 15% und die Nutzfläche um 7% gesunken. Auch der Bauville wird immer geringer, denn die in den ersten sechs Monaten des Jahres 1972 erteilten Baugenehmigungen liegen nach der Zahl der Gebäude um 10%, nach dem umbauten Raum um 12% und nach der Nutzfläche um 12% unter dem Ergebnis der entsprechenden Monate des Vorjahres.

Peter Möller

Urlaubs- und Erholungsreisen 1970

Im Rahmen der Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens ist im Oktober 1970 zum vierten Mal seit 1962 eine Haushaltsbefragung über Urlaubs- und Erholungsreisen mit einem Auswahlatz von 0,1 % durchgeführt worden (1962 : 1 %; 1966 und 1969 : 0,1 %). Insgesamt wurden 22 000 Haushalte mit mehr als 60 000 Personen befragt. Um eine Vorstellung von der absoluten Größenordnung zu vermitteln, sind die Ergebnisse der Stichprobe hochgerechnet worden. In die Erhebung wurden die Reisen einbezogen, die in der Zeit von Oktober 1969 bis September 1970 angetreten wurden und mindestens fünf Tage dauerten. Im Unterschied zur Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten, die nur Übernachtungen gegen Entgelt zählt, dafür aber nicht nach dem Zweck und der Länge der Reise unterscheidet, werden vom Mikrozensus Geschäfts- und Dienstreisen nicht erfaßt, dagegen aber Besuche bei Verwandten und Bekannten sowie Ferienbesuche von Kindern. (Nähere Angaben hierzu siehe Statistisches Bundesamt, Sonderbeitrag Urlaubs- und Erholungsreisen 1970, Fachserie F, Reihe 8).

1970 verreiste jeder dritte Bundesbürger

Von 61,3 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland haben im Berichtszeitraum 23,0 Millionen Personen mindestens eine Reise angetreten. Aus diesen Daten errechnet sich eine Reiseintensität - sie ist definiert als Anteil der Reisenden an der Gesamtbevölkerung - von 37,5%. Vergleichsweise niedrig ist die Reiseintensität der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. Von 2,5 Millionen Einwohnern sind 1970 nämlich nur 0,8 Millionen (30,6%) verreist. 1962 hatten 24,4% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung am Reiseverkehr teilgenommen gegenüber 27,0% im Bundesdurchschnitt. Von den Bewohnern der Stadtstaaten Hamburg (51,3%)

und Berlin (54,6%) unternahm 1970 annähernd jeder Zweite eine Reise. Aber auch die Bewohner Nordrhein-Westfalens waren überaus reisefreudig (45,5%).

Der Mikrozensus gibt u. a. Auskunft über die Reishäufigkeit der Wohnbevölkerung. Die Reishäufigkeit ist definiert als das Verhältnis der gereisten Personen mit zwei und mehr Reisen zur Zahl aller gereisten Personen. Erwartungsgemäß hat sich die Reishäufigkeit in den letzten Jahren erhöht. Während 1962 von 14,0 Millionen gereisten Personen 0,9 Millionen (6,3%) Personen mehrmals gereist sind, haben im Jahr 1970 von 23,0 Millionen 2,6 Millionen Bundesbürger zwei und mehr Reisen unternommen. Demnach verreisten 1962 von 100 gereisten Personen 6, 1970 11 Personen häufiger als einmal im Jahr. Bezieht man die Zahl der Mehrfachreisenden auf die Wohnbevölkerung, kommt man zu folgendem Ergebnis: 1962 verreiste ungefähr jeder 50., 1970 jeder 25. Bürger mehrmals.

In den Bundesländern war die Reishäufigkeit unterschiedlich hoch. Der Gruppe der Länder mit überdurchschnittlicher Reishäufigkeit gehörte neben Berlin (18%), Bayern (17%) und Hamburg (16%) auch Schleswig-Holstein (17%) an. Am unteren Ende der Skala standen die Bewohner von Rheinland-Pfalz (7%), Nordrhein-Westfalen (8%) und Baden-Württemberg (9%).

Auslandsreisen zunehmend beliebter

Nachdem im vorhergehenden Abschnitt die am Reiseverkehr beteiligten Personen im Mittelpunkt der Betrachtung gestanden haben,

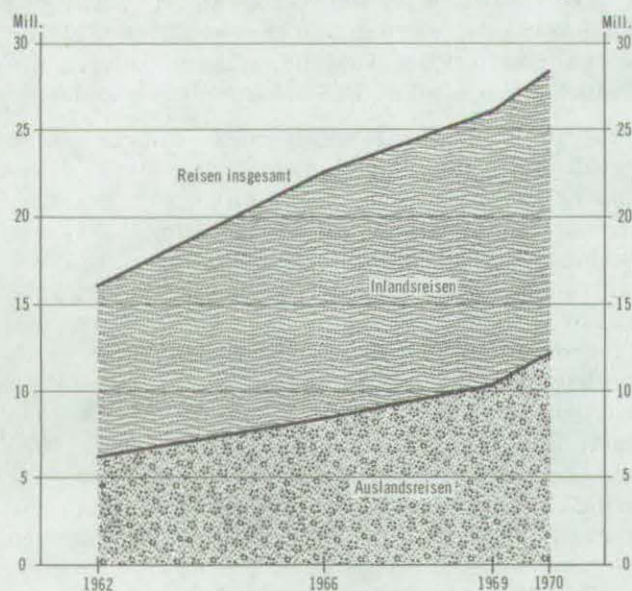
werden jetzt die Reisen behandelt. Bedingt durch die Mehrfachreisen derselben Person liegt die Zahl der Reisen höher als die Zahl der Reisenden.

Im Jahre 1970 haben 23,0 Millionen Personen 28,5 Millionen Urlaubs- und Erholungsreisen von 5 und mehr Tagen Dauer durchgeführt. Davon entfielen 16,4 Millionen (57%) auf Inlandsreisen und 12,1 Millionen (43%) auf Auslandsreisen (gemischte Reisen werden nach ihrem überwiegenden Charakter zugeordnet).

Erwartungsgemäß hat sich der Anteil der Auslandsreisen an der Gesamtzahl der Reisen in den letzten Jahren erhöht. Allein zwischen 1969 und 1970 ist er um 3 Punkte geklettert. Zum Vergleich: 1966 führten 37% aller Reisen ins Ausland. Die Gründe für diese Entwicklung liegen auf der Hand. Einmal können sich mehr Bundesbürger Reisen in entferntere Länder leisten, zum anderen senkt der Massentourismus die Transportkosten je Reisenden und gestattet eine Verminderung des Gewinnaufschlags je Reise. Natürlich haben auch der Reiz des Neuen und die Erkenntnis, daß die - von den meisten Auslandsreisenden bevorzugten - Mittelmeerländer billige Reiseländer sind, das überdurchschnittliche Anwachsen der Auslandsreisen gefördert.

D - 4401

Inlands- und Auslandsreisen der Bundesbürger



Besonders ausgeprägt ist dieser Trend in den im Süden der Bundesrepublik gelegenen Ländern Bayern und Baden-Württemberg. Hier ist der Anteil von 43% im Jahre 1966 auf 55% im Jahre 1970 gestiegen. Dagegen hat sich die Zahl der Auslandsreisen aus dem norddeutschen Raum nur wenig stärker ausgedehnt als die Zahl der Reisen insgesamt. So betrug der Anteil 1966 32% und 1970 34%.

Entwicklung der Inlands- und Auslandsreisen

Werden im Auslandsverkehr die Ziel- und Herkunftsländer kombiniert betrachtet, so zeigt sich, daß sich die Reiseströme zu einem großen Teil auf die jeweiligen Nachbarländer und auf das leicht zu erreichende Ausland erstrecken. So entfielen 1970 von den Auslandsreisen aus Norddeutschland 15% auf die nordeuropäischen Länder Dänemark, Schweden und Norwegen; aus Schleswig-Holstein waren es sogar 34%. Je südlicher die Bundesländer liegen, um so geringer wird der Anteil der Reisen nach Nordeuropa. Reisen in den Norden waren in Bayern und Baden-Württemberg kaum noch gefragt (2%). Umgekehrt hatten von 100 Reisen, die von Bayern und Baden-Württemberg aus ins Ausland unternommen wurden, 73 Italien, Österreich und die Schweiz zum Ziel. 46 Reisen waren es von Norddeutschland aus.

Wie durch die Erhebungen von 1962, 1966 und 1969 festgestellt wurde, führt ein Großteil der Inlandsreisen in nahegelegene Erholungsgebiete. Hierfür dürften in erster Linie niedrige Fahrtkosten und der geringe Zeitbedarf für die Anfahrt verantwortlich sein. Diese Gründe dürften um so mehr ins Gewicht fallen, je reizvoller und billiger die Urlaubsziele in der näheren Umgebung sind. So erklärt es sich vielleicht auch, daß 1970 ca. 70% der Reisen aus den beiden im Süden gelegenen Ländern Bayern und Baden-Württemberg zu Zielen in diesen Räumen führten. Im Vergleich dazu scheint Norddeutschland für die Norddeutschen nicht so interessant zu sein. Denn von 100 Reisen, die von den nördlichen Bundesländern aus gestartet wurden (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Berlin

Die "Reisebilanz" Schleswig-Holsteins

Bundesland	Reisen nach Schleswig-Holstein aus		Reisen schleswig-holsteinischer Einwohner nach	
	in 1 000	in %	in 1 000	in %
Schleswig-Holstein	243	10,7	243	35,1
Hamburg und Bremen	280	12,3	.	.
Niedersachsen	479	21,1	133	19,2
Nordrhein-Westfalen	781	34,4	70	10,1
Hessen	137	6,0	.	.
Rheinland-Pfalz und Saarland	55	2,4	.	.
Baden-Württemberg	95	4,2	.	.
Bayern	59	2,6	80	11,5
Berlin (West)	143	6,3	.	.
DDR und Berlin (Ost)
Bundesgebiet	2 272	100,0	693	100,0

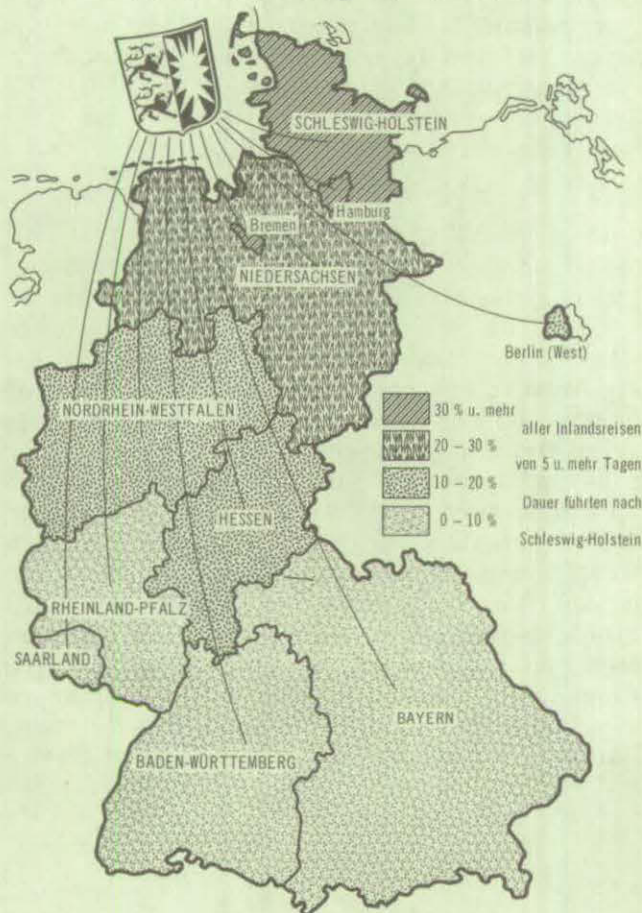
Die Tabellenfelder mit einem Punkt weisen in der Stichprobe weniger als 50 Fälle auf

(West)) hatten nur 50 Reisen Urlaubsorte im Norden des Bundesgebietes zum Ziel. Von den 693 000 Inlandsreisen aus Schleswig-Holstein führten 54% in Erholungsorte Schleswig-Holsteins und Niedersachsens.

Schränkt man die Betrachtung auf das Ziel-land Schleswig-Holstein ein - wie in der Grafik geschehen - so zeigt sich folgendes: Je weiter ein Bundesland von Schleswig-Holstein entfernt ist, um so geringer ist der Anteil der Reisen hierher an der Gesamtzahl der Inlandsreisen des betreffenden Bundeslandes.

D - 4402

Reiseziel Schleswig-Holstein 1970



Für die Bundesländer errechnen sich folgende Anteile: Schleswig-Holstein 35%, Hamburg und Bremen 31%, Niedersachsen 21%, Berlin (West) 15%, Nordrhein-Westfalen 13%, Hessen 11%, Rheinland-Pfalz 8%, Baden-Württemberg 6% und Bayern 3%.

Bevorzugte Reisegebiete innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind die Nord- und Ostsee (einschließlich der Nordseeküste Niedersachsens) und das Gebiet "Alpen, Voralpen und Bodensee". Dorthin führten 1970 16% und 19% aller Inlandsreisen. 1962 hatten Nord- und Ostsee erst einen Anteil von 8%.

An der Nord- und Ostsee waren Urlauber aus Nordrhein-Westfalen am stärksten vertreten. Von den 2,6 Millionen in diesen Raum

führenden Reisen wurden 38% in diesem Bundesland gebucht. 24% der Reisen gingen auf das Konto von Urlaubern aus Niedersachsen. Urlauber mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein waren mit 7% an den Reisen an Nord- und Ostsee vertreten. Auf Hamburg und Bremen entfielen zusammen 10%, auf Hessen und Berlin jeweils 6%. Mit je 4% waren Bayern und Baden-Württemberg und mit 2% Rheinland-Pfalz einschließlich des Saarlandes an der See vertreten.

Ausgaben für Reisen wachsen weiter

Der nächste Abschnitt ist den Ausgaben für Urlaubs- und Erholungsreisen gewidmet. Die Ausgaben für die einzelne Reise beziehen sich nur auf Ausgaben für gereiste Haushaltsmitglieder, nicht dagegen auf Ausgaben für mitgereiste haushaltsfremde Personen. Die Gesamtausgaben setzen sich zusammen aus den Ausgaben für die Fahrt, allen während der Reise getätigten Ausgaben und Vorauszahlungen für Pauschalreisen und Ferienhäuser. Nicht einbezogen werden Ausgaben für Anschaffungen vor Antritt der Reise. Die Ausgaben für Inlandsreisen, die im Berichtszeitraum durchgeführt wurden, beliefen sich auf 5,1 Mrd. DM, für Reisen ins Ausland wurden 6,2 Mrd. DM ausgegeben.

Gegenüber 1969 haben sich die Ausgaben für Inlandsreisen um 16% erhöht, für Auslandsreisen sind sie um 23% gestiegen. Für Inlandsreisen wurden durchschnittlich 311 DM ausgegeben. Für Auslandsreisen mußten im Schnitt noch etwa 200 DM dazugelegt werden.

Die in den Zielländern der Inlandsreisen getätigten Ausgaben verteilen sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer. Auf die Haupturlaubsländer Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein entfielen von den Kosten für Inlandsreisen 61%. Mit 1,5 Mrd. DM (30%) konnte Bayern den Löwenanteil des Ausgabevolumens für sich verbuchen. Für Reisen nach Schleswig-Holstein wurden 788 Mill. DM (15%) und für Reisen nach Baden-Württemberg 826 Mill. DM (16%) ausgegeben. Auch hinsichtlich der durchschnittlichen Ausgaben je Reise lagen die genannten Länder an der Spitze. Ausgegeben wurden für eine Reise nach Schleswig-Holstein im Durchschnitt 346 DM, nach Baden-Württemberg 357 und nach Bayern 355 DM. Eine Reise nach Hessen kostete 299 DM, nach Niedersachsen 285 DM und nach Berlin 281 DM. Die Ausgaben für Reisen nach Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und in das Saarland lagen zwischen 201 und 260 DM.

Die überdurchschnittlich hohen Ausgaben für Reisen nach Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg lassen sich z. T. durch

die lange Aufenthaltsdauer der Gäste in diesen Ländern erklären. Während 1970 im Bundesdurchschnitt ein Gast 4,6 Tage an seinem Urlaubsort blieb, dauerte ein Aufenthalt in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 8,0 Tage, in Bayern 5,1 Tage und in Baden-Württemberg 5,0 Tage¹.

Ausgaben für Inlandsreisen 1970 nach der Unterkunftsart

Unterkunftsart	Reisen	Ausgaben	Durchschnittliche Ausgaben je Reise
	1 000	1 000 DM	DM
Beherbergungsbetrieb	2 873	1 320 350	459
Heilstätte und Sanatorium	664	266 600	401
Privatquartier gegen Entgelt	5 052	2 009 450	398
Ferienhaus, Bungalow	458	144 750	316
Ferien- und Erholungsheim	889	219 300	246
Campingplatz	802	195 550	243
Sonstige Unterkunftsart	373	81 750	219
Privatquartier ohne Entgelt	5 274	865 350	164
Insgesamt	16 375	5 103 100	311

Hinzu kommt, daß Urlaub bei Verwandten oder Bekannten (in Privatquartieren ohne Entgelt) in diesen Ländern relativ selten war. So bildeten in Schleswig-Holstein Privatquartiere

¹) siehe Stat. Bundesamt, Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten; Fachserie F, Reihe 8, 1970

ohne Entgelt nur in 16% der Fälle das Urlaubsquartier. In Bayern waren es 22% und in Baden-Württemberg 24%. Dagegen war im Bundesdurchschnitt jede dritte Reise an einen Verwandten- oder Bekanntenbesuch geknüpft.

Bevorzugtes Transportmittel war auch 1970 wieder der Pkw. Von 16,4 Millionen Inlandsreisen wurden mehr als die Hälfte, nämlich 8,8 Millionen (54%) mit dem Pkw durchgeführt. Nach dem Pkw war im Inlandsreiseverkehr die Bahn mit 6,0 Millionen (37%) Reisen das wichtigste Verkehrsmittel. Bus und Flugzeug waren mit 1,2 Millionen und 292 000 Reisen am Reiseaufkommen beteiligt. Von den Bundesländern wurde Schleswig-Holstein relativ am häufigsten mit dem Pkw besucht. Zwei Drittel der Reisen dorthin waren Reisen mit dem Pkw. Die Bahn hatte einen Anteil von 25%. In 6% der Fälle wurde mit dem Bus angereist. Die Anreise mit dem Flugzeug war unbedeutend.

Typisch für die Verkehrsstruktur des Auslandsreiseverkehrs ist der relativ hohe Anteil der Reisen per Flugzeug. Auf dieses Transportmittel entfielen 1970 1,8 Millionen (15%) von insgesamt 12,1 Millionen Auslandsreisen. Die Bahn konnte im Auslandsreiseverkehr 2,0 Millionen Reisen verbuchen. Der Pkw hielt mit 7,4 Millionen Reisen (61%) wiederum die Spitze.

Karlheinz König

Kurzberichte

Ausländer in Schleswig-Holstein am 31. Dezember 1971

Ende 1971 wohnten - nach den Unterlagen der Ausländerbehörden - 58 000 Ausländer in Schleswig-Holstein. 23 von 1 000 Einwohnern waren damit nichtdeutscher Herkunft. Etwas mehr als die Hälfte waren Männer (31 100), ein knappes Drittel Frauen (17 600) und ungefähr ein Sechstel Kinder unter 16 Jahren (9 000).

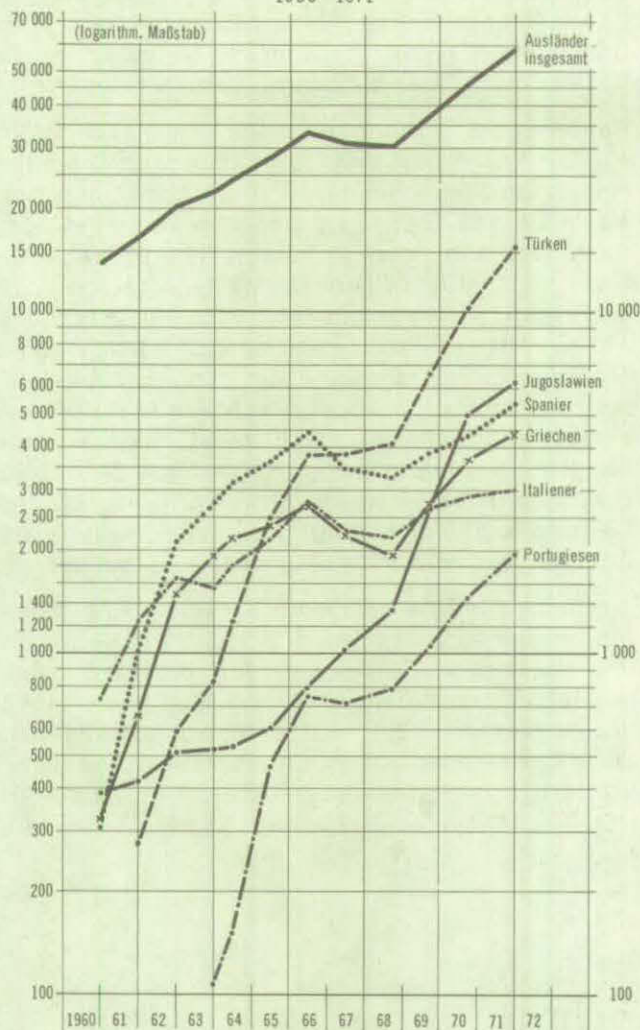
1970 wurden 46 000 Ausländer gezählt, 1969 37 000 und 1968 nur 30 100. In drei Jahren hat sich die Zahl der nichtdeutschen Einwohner somit fast verzweifacht. Jedes Jahr steigt sie um ungefähr ein Viertel des Vorjahres an. Das war in den Vorjahren nicht viel anders, wie die oberste Kurve im Bild 1 zeigt. Die Zuwachsraten lagen zwischen 1960 und 1966, also den Jahren vor dem zwischenzeitlichen Konjunkturrückgang, zwischen 11% und 23%. In den Jahren seit 1960 nahm die Ausländerzahl durchschnittlich um 14% zu, insgesamt um 43 900.

Bild 2 zeigt, welche fremden Staatsangehörigkeiten besonders häufig in Schleswig-Holstein vorkommen. Zunächst läßt sich ablesen, daß nur 12% der Ausländer außerhalb Europas beheimatet sind. Die überwiegende Mehrheit der 50 900 Europäer stammen aus den sogenannten Anwerbeländern, sind also aus Erwerbsgründen zugezogen. Dazu gehören 15 400 Türken, die allein mehr als ein Viertel aller Ausländer ausmachen, 6 200 Jugoslawen, 5 400 Spanier, 4 400 Griechen, 3 000 Italiener und 2 000 Portugiesen.

Ein nochmaliger Blick auf Bild 1 macht deutlich, daß diese 6 Länder zwei verschiedenen Gruppen angehören. Die Türken, Jugoslawen, Portugiesen und Griechen bilden die Gruppe mit den höchsten jährlichen Zuwachsraten. Spanier und Italiener nehmen proportional nicht mehr zahlenmäßig so stark zu. Ihre Zuwachskurve hat sich sichtbar abgeflacht.

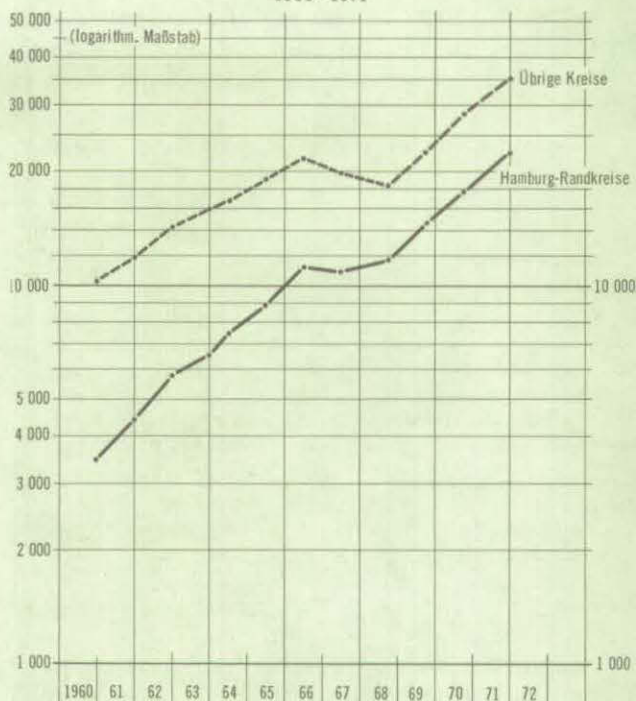
Vier Zehntel aller Ausländer wohnen in den Hamburg vorgelagerten Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hsgt. Lauenburg. Der Zustrom in diese Kreise war von Ende 1960

Ausländer aus den Anwerbungsländern 1960 - 1971



bis Mitte 1966 relativ höher als in die übrigen Kreise. In den Hamburg-Landkreisen betrug er jährlich durchschnittlich 24%, in den

Ausländer in den Hamburg-Randkreisen und den übrigen Kreisen 1960 - 1971

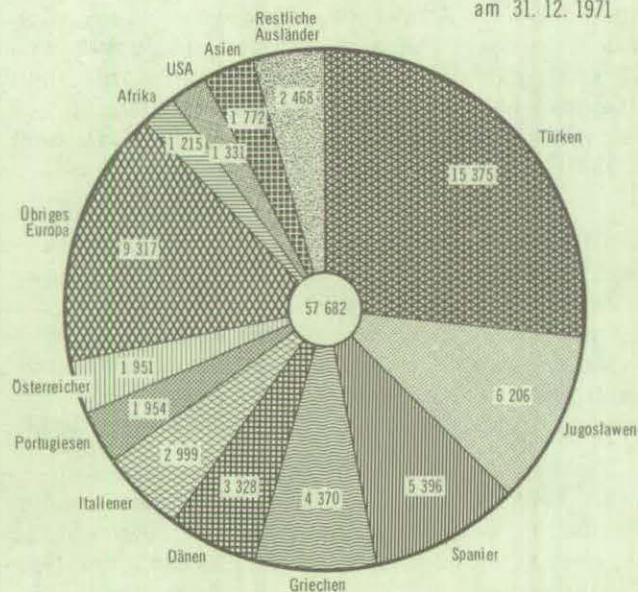


übrigen Kreisen dagegen nur 15%. Wie Bild 3 mit seiner halblogarithmischen Darstellung zeigt, ist der relative Anstieg in beiden Gebieten seit 1968 fast gleich. Die höchsten Ausländerdichten lassen sich folglich im südlichen Holstein feststellen. Die Spitze halten Pinneberg und Lübeck mit 4 Ausländern je 100 Einwohner. Bild 4 zeigt die Verhältnisse in sämtlichen Kreisen.

Gustav Thissen

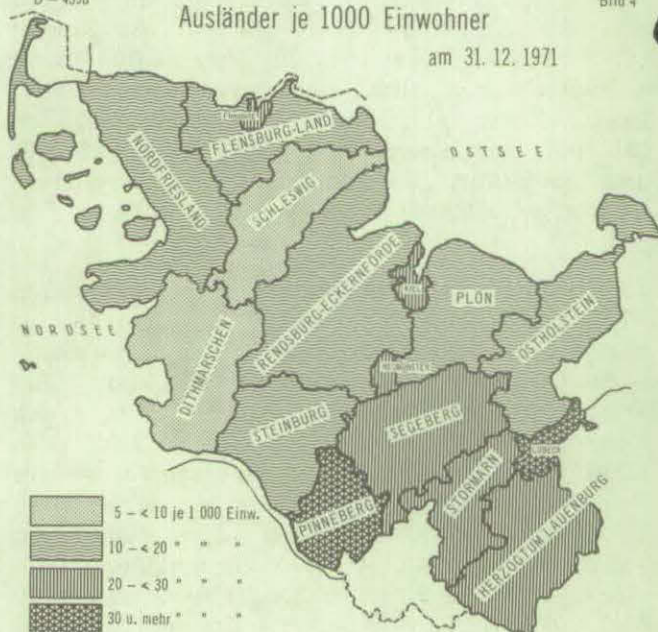
Ausländer in Schleswig-Holstein

am 31. 12. 1971



Ausländer je 1000 Einwohner

am 31. 12. 1971



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang . Heft 8 . August 1972

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972				
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 494 ^a	2 529	2 522	2 526	2 531	2 546	2 548	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 548	1 473	1 544	1 800	1 407	1 651	1 168	1 820	...	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		7,5	7,0	7,5	8,4	6,8	7,6	5,6	8,4	...	
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 930	2 794	2 875	2 949	2 890	2 642	2 554	2 660	...	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		14,1	13,3	13,9	13,8	13,9	12,2	12,2	12,3	...	
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	2 663	2 685	2 699	2 552	2 892	2 582	2 669	...	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		13,2	12,6	13,0	12,6	12,3	13,4	12,3	12,3	...	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	65	57	60	59	46	38	65	58	...	
* je 1 000 Lebendgeborene		22,2	20,5	20,9	20,0	15,9	14,4	25,5	21,8	...	
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 181	+ 131	+ 190	+ 250	+ 338	- 250	- 28	- 9	...	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		0,9	0,6	0,9	1,2	1,6	- 1,2	- 0,1	- 0,0	...	
Wanderungen											
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 382	9 013	9 957	9 270	9 502	7 941	8 336	
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 381	6 425	6 699	5 028	5 560	6 026	6 485	
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 001	+ 2 588	+ 3 258	+ 4 242	3 942	+ 1 915	+ 1 851	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	9 738	10 288	10 513	9 533	8 856	9 235	10 148	
Wanderungsfälle	Anzahl	24 551	25 726	27 169	23 831	23 918	23 202	24 969	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		165	171	182	156	158	150	168	
Arbeitslage											
* Arbeitslose	1 000	8	9	8	6	6	15	12	10	9	
darunter * Männer	1 000	5	5	4	3	3	8	6	5	4	
Offene Stellen	1 000	24	22	26	26	25	21	21	21	21	
darunter für Männer	1 000	15	13	15	15	14	12	12	12	12	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 407 ^b	1 364 ^b	.	.	1 478	.	.	.	1 459	
darunter * Milchkühe		493 ^b	477 ^b	.	.	472	.	.	.	464	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000				
* Schweine	1 000	1 774 ^b	1 667 ^b	.	.	1 764	1 691	.	.	1 732	
darunter * Zuchtsauen	1 000	183 ^b	169 ^b	.	.	180	169	.	.	171	
darunter * trächtig	1 000	112 ^b	106 ^b	.	.	113	106	.	.	110	
Schlachtungen von Inlandtieren											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	34	35	30	26	30	28	25	28	23	
* Kälber	1 000 St.	3	2	4	3	3	3	2	3	2	
* Schweine	1 000 St.	200	209	197	184	203	196	189	204	196	
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^c	9 ^d	6	5	4	8	5	4	3	
* Schlachtmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,9	25,1	23,1	21,3	24,1	22,8	21,8	23,9	21,8	
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,3	3,5	7,4	6,3	7,5	7,1	6,5	7,2	5,7	
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	
* Schweine	1 000 t	17,4	16,4	15,4	14,7	16,3	15,4	15,1	16,4	15,8	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	241	243	247	240	248	254	262	257	251	
Kälber	kg	61	66	64	68	68	72	68	84	76	
Schweine (ab Januar 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	91	82	81	82	82	82	82	82	82	
Geflügel											
Eingelegte Bruteler ⁶⁾	* für Legehennenküken	1 000	497	580	679	585	512	738	680	470	
	* für Masthühnerküken	1 000	911	825	973	992	818	836	941	1 054	
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	803	755	345	617	805	900	625	663	910	
* Milcherzeugung	1 000 t	178	174	225	244	215	217	228	241	216	
darunter * an Melereien geliefert	%	92	92	92	93	93	92	93	94	94	
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,8	15,5	16,2	14,8	14,7	15,9	16,3	15,1	

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) Dezember

c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

d) Winterhalbjahr 1971/72 = 12

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Industrie und Handwerk										
Industrie ¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	191	191	190	190	187	187	187	188
darunter *Arbeiter 9)	1 000	145	143	144	143	142	139	139	139	140
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	24 110	23 229	24 000	22 670	23 030	23 369	22 158	22 160	22 862
*Löhne (brutto)	Mill. DM	157,2	173,7	169,9	166,8	176,3	179,7	171,4	182,3	189,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	66,6	75,8	71,6	72,7	74,5	81,8	79,8	81,4	85,8
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	33	26	29	34	29	25	25	22	22
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. Ncbm	23,9	25,4	27,5	25,1	24,2	30,1	28,0	26,0	24,5
*Stadt-, Kokerel- und Ferngas	Mill. Ncbm	11,2	8,3	8,8	9,3	9,3	8,7	8,6	8,2	8,2
*Erd- und Erdölgas	Mill. Ncbm	12,7	17,1	18,7	15,8	14,9	21,4	19,4	17,8	16,3
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	94	95	85	87	101	95	96	88
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	20	15	15	25	21	17	15
*schweres Heizöl	1 000 t	75	75	75	70	72	77	74	78	72
*Stromverbrauch	Mill. kWh	156	150	162	159	160	173	164	161	167
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	37	34	33	30	30	34	31	31	31
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 070	1 197	1 197	1 067	1 215	1 264	1 203	1 309	1 303
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	144	165	137	132	145	194	195	251	187
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	163	169	185	182	183	167	184	180	178
*Bergbau	1962=100	118	119	121	119	122	112	113	113	112
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	201	197	240	220	253	183	198	194	198
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	179	182	198	200	187	177	205	199	195
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	173	191	207	205	197	199	227	210	207
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	123	131	132	133	130	134	141	143	138
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	126	135	154	162	155	129	153	164	148
Handwerk (Meßziffern) ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	96	95	.	.	94	94	.	.	.
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	151	171	.	.	160	147	.	.	.
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	155	178	.	.	163	149	.	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	219	272	224	247	235	245	204	218	256
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	449	488	469	431	431	576	517	488	463
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Ncbm	16	18	19	13	11	27	21	15	12
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	62 480	63 049	63 792	63 834	63 926	60 864	61 469	61 750	61 407
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 238	8 713	9 605	9 582	10 070	8 353	8 528	9 589	9 487
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 414	3 766	4 107	4 128	4 382	3 713	3 862	4 152	4 238
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	964	1 258	1 492	1 438	1 383	1 390	1 323	1 540	1 568
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 616	3 484	3 789	3 828	4 065	3 091	3 236	3 718	3 525
*Löhne (brutto)	Mill. DM	86,1	78,2	81,6	87,3	92,0	77,8	81,1	96,6	95,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	7,0	8,4	7,7	7,9	8,2	8,6	8,3	8,9	9,3
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	176,7	217,3	172,8	177,0	225,3	171,1	147,0	189,5	241,9

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 kcal/Ncbm

12) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	884	977	990	948	1 173	976	988	1 131	1 277
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	787	865	883	853	1 072	889	868	962	1 102
*umbauter Raum	1 000 cbm	911	1 096	957	1 185	1 296	949	1 131	1 467	1 777
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	115 158	157 576	133 324	187 370	175 371	148 732	177 880	231 521	290 832
*Wohnfläche	1 000 qm	174	209	180	212	255	170	213	287	338
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	794	698	568	670	1 085	475	506	816	923
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	75 158	72 917	56 627	56 557	74 066	44 043	47 176	81 361	111 843
*Nutzfläche	1 000 qm	142	126	107	120	163	84	92	103	178
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 357	2 880	2 303	2 932	3 593	2 183	2 857	4 047	5 201
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	1 837	2 356	810	971	948	1 144	1 066	1 228	1 191
Wohnräume 14)	Anzahl	7 782	9 876	3 760	4 087	4 139	4 538	4 375	4 886	5 379
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	180,5	214,6	179,9	161,6	198,1	202,0	304,7	189,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23,8	29,2	29,5	20,6	32,5	30,0	28,0	22,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	156,7	185,4	150,4	141,0	165,6	172,0	276,7	167,0	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,9	3,7	3,6	3,0	2,6	4,0	4,7	4,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	12,8	11,5	9,6	12,8	12,9	9,3	9,8	8,1	...
*Fertigwaren	Mill. DM	140,1	170,2	137,1	125,3	150,1	158,6	262,2	154,4	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	14,3	15,7	16,1	14,9	16,8	16,1	16,3	17,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	125,8	154,5	121,0	110,4	133,2	142,6	245,8	137,3	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	54,2	65,4	67,0	53,7	61,1	69,6	65,7	67,6	...
darunter Italien	Mill. DM	14,8	19,9	13,1	13,4	17,1	16,2	15,7	21,0	...
Niederlande	Mill. DM	18,9	21,9	22,5	16,9	19,1	29,3	26,2	20,7	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	55,3	58,6	49,6	54,1	62,3	59,7	160,6	49,1	...
darunter Dänemark	Mill. DM	11,2	17,0	14,6	20,0	26,0	16,7	17,4	13,9	...
Großbritannien	Mill. DM	12,7	12,6	7,6	6,9	10,8	11,0	113,1	8,3	...
Norwegen	Mill. DM	8,5	3,9	2,9	4,1	3,3	5,6	5,3	4,9	...
Schweden	Mill. DM	8,8	8,3	10,1	9,2	9,2	8,2	9,7	6,3	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 072	32 015	31 175	30 370	29 609
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 673	36 934	31 373	30 740	31 995
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	189	190	137	207	307	110	p 127	p 201	p 313
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	19	20	22	26	12	p 17	p 18	p 26
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 514	1 546	529	1 076	2 857	437	p 557	p 1 110	p 2 769
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	40	33	38	59	23	p 32	p 35	p 57
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 090	1 015	1 037	1 023	1 043	932
Güterversand	1 000 t	301	283	274	278	290	327
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	259	253	267	252	281	277	228	241	252
*Güterversand	1 000 t	373	387	410	385	430	381	378	383	443
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	7 817	8 001	10 056	9 430	9 407	11 776	9 025	10 093	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	24	36	80	60	55	106	77	119	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	6 925	7 126	9 051	8 590	8 418	10 554	8 187	9 080	...
	Anzahl	502	471	562	512	571	581	435	540	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 404	1 436	1 222	1 597	1 651	1 390	1 390	p 1 601	p 1 643
*Getötete Personen	Anzahl	74	76	66	80	78	77	53	p 86	p 73
*Verletzte Personen	Anzahl	1 933	1 972	1 643	2 213	2 329	1 910	1 868	p 2 095	p 2 318

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁶⁾										
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 502	17 984	17 058	17 253	17 495	18 481	18 710	19 009	...
darunter										
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	.	17 280	.	.	.	17 774	17 996	18 283	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	.	3 933	.	.	.	4 027	4 123	4 180	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	3 904	.	.	.	3 945	4 072	4 156	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	29	.	.	.	83	51	25	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	.	1 432	.	.	.	1 432	1 443	1 499	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	1 358	.	.	.	1 353	1 357	1 411	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	74	.	.	.	79	86	88	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	.	11 915	.	.	.	12 314	12 430	12 604	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	10 222	.	.	.	10 547	10 656	10 757	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	1 693	.	.	.	1 767	1 774	1 846	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	11 288	14 258	11 647	11 806	11 767	14 472	14 597	14 864	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 478	7 764	5 681	5 831	5 765	7 829	7 901	8 135	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 870	4 487	3 993	4 110	4 100	4 530	4 607	4 666	...
*von öffentl. chen Haushalten	Mill. DM	1 608	3 277	1 689	1 721	1 665	3 299	3 294	3 469	...
*Spareinlagen	Mill. DM	5 810	6 495	5 966	5 975	6 002	6 643	6 696	6 729	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	3 686	4 049	3 758	3 760	3 766	4 114	4 135	4 155	4 179
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	318	353	276	246	306	331
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	274	296	252	236	280	298
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	12	12	15	14	14	11	10	16
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0,7	-	2	-	1	-	1	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	449	357	382	424	413	307
*Wechselsumme	Mill. DM	1,136	1,064	0,947	1,826	1,274	0,772
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	224 573	266 929	175 448	202 711	333 012	348 870	209 839	252 233	348 389
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 308	186 345	105 284	130 355	254 329	275 406	124 232	172 673	264 975
*Lohnsteuer 18)	1 000 DM	97 946	126 774	93 309	128 905	99 598	103 567	108 950	155 795	108 800
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	40 050	45 774	10 285	- 294	120 438	140 280	16 994	8 375	129 026
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 613	1 651	180	1 472	- 2 145	2 253	1 721	914	2 003
*Körperschaftsteuer 18)	1 000 DM	12 699	12 147	1 530	272	32 148	29 306	- 3 433	7 589	25 146
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	72 265	80 583	70 164	72 357	78 683	73 464	85 607	79 560	83 415
*Umsatzsteuer	1 000 DM	52 564	59 882	48 154	53 318	53 648	51 688	64 037	56 764	61 375
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	19 701	20 702	22 010	19 038	25 036	21 776	21 570	22 796	22 040
*Bundessteuern	1 000 DM	84 313	90 364	100 424	96 469	97 653	109 748	133 649	132 034	88 670
*Zölle	1 000 DM	8 419	9 428	9 079	7 790	9 452	9 635	14 374	10 896	11 227
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	70 830	75 362	86 657	84 296	80 414	92 306	115 954	116 381	70 109
*Landessteuern	1 000 DM	24 387	25 763	23 409	32 235	21 903	34 408	22 197	37 177	23 925
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 607	5 272	1 410	13 187	1 282	1 520	495	13 221	1 620
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 205	14 462	15 620	13 770	13 762	16 621	16 161	17 052	16 411
*Biersteuer	1 000 DM	988	1 013	884	780	1 308	759	953	919	1 150
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	125 325 ⁺	140 471 ⁺	.	.	137 870	138 250	.	.	150 740
*Grundsteuer A 19)	1 000 DM	7 232 ⁺	8 949 ⁺	.	.	7 621	8 946	.	.	7 858
*Grundsteuer B 20)	1 000 DM	21 027 ⁺	22 200 ⁺	.	.	22 488	22 161	.	.	25 380
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 21)	1 000 DM	74 721 ⁺	86 515 ⁺	.	.	82 861	82 210	.	.	91 955
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	10 846 ⁺	12 259 ⁺	.	.	11 816	14 535	.	.	13 293
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	202 059	227 530	212 527	186 386	263 028	278 133	274 572	237 653	258 729
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	62 305	74 647 ⁺	5 392	39 267	110 297	120 634	53 300	53 905	115 840
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	50 586	56 408	49 115	50 650	55 078	47 751	70 658	51 714	54 220
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	17 597	.	.	.	16 965	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	140 434	171 664	134 536	160 553	155 433	194 950	153 450	183 782	170 851
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	69 857	85 188	45 392	69 197	113 226	120 634	53 300	91 117	115 840
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 22)	1 000 DM	41 334	56 603	48 138	59 122	20 304	49 908	60 888	55 488	31 086
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	17 597	.	.	.	16 965	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	147 429 ⁺	185 026 ⁺	.	.	173 696	147 858	.	.	205 449
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 23)	1 000 DM	52 182 ⁺	43 261 ⁺	.	.	47 668	73 760	.	.	58 024
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	44 644 ⁺	87 810 ⁺	.	.	71 020	18 059	.	.	88 640

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	107,2	106,7	110,4	108,9	107,8	105,6	105,4	105,4	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	116,6	121,6	122,0	121,7	121,8	123,6	123,7	123,9	...
Grundstoffpreise 24)	1962=100	104,3	105,2	105,8	105,1	105,6	107,1	107,3	107,9	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 24)	1962=100	107,5 ^f	112,5 ^g	112,4	112,4	112,7	r 115,1	115,3	r 115,6	115,7
landwirtschaftlicher Produkte 24)	1961/63=100	106,2 ^f	98,1 ^g	98,2	98,2	98,6	p 108,6	p 108,4	p 110,5	p 112,6
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 25)	1962=100	147,4	162,7	.	163,6	.	.	.	174,6	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 24)	1962/63=100	105,8 ^f	110,8 ^g	112,7	113,8	114,0	117,9	118,3	119,2	120,0
Einzelhandelspreise	1962=100	112,5	118,0	117,5	117,8	118,2	122,3	122,5	122,7	123,3
*Preisindex für die Lebenshaltung 26)	1962=100	123,7	130,4	129,3	129,9	130,6	135,6	135,9	136,5	137,4
darunter										
*Nahrungs- und Genußmittel	1962=100	117,4	122,6	122,0	122,7	123,6	127,1	127,4	128,4	130,0
Kleidung, Schuhe	1962=100	118,0	125,2	123,9	124,4	124,7	131,2	131,7	132,1	132,3
Wohnungsmieten	1962=100	168,5	178,5	176,9	177,4	178,3	185,5	186,0	186,5	187,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1962=100	124,4	131,0	129,4	128,8	129,2	138,9	137,5	137,3	137,5
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1962=100	114,1	120,6	119,2	119,8	120,7	125,0	125,3	125,5	126,1
Löhne und Gehälter 27)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	297	337	320	.	.	.	365	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	318	359	342	.	.	.	385	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	178	198	193	.	.	.	214	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	173	193	187	.	.	.	207	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	6,55	7,48	7,21	.	.	.	8,19	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	6,98	7,94	7,68	.	.	.	8,70	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	4,32	4,83	4,70	.	.	.	5,27	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,17	4,68	4,57	.	.	.	5,12	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,3	45,0	44,3	.	.	.	44,5	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	41,2	41,0	40,9	.	.	.	40,5	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	41,3	40,0	38,9	.	.	.	40,4	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	36,8	35,0	35,2	.	.	.	36,6	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 453	1 638	1 615	.	.	.	1 763	.	.
*weiblich	DM	946	1 076	1 050	.	.	.	1 178	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 579	1 765	1 738	.	.	.	1 885	.	.
*weiblich	DM	966	1 088	1 050	.	.	.	1 197	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 270	1 412	1 406	.	.	.	1 509	.	.
*weiblich	DM	795	884	885	.	.	.	924	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 437	1 598	1 603	.	.	.	1 624	.	.
weiblich	DM	(911)	(991)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 329	1 484	1 473	.	.	.	1 589	.	.
weiblich	DM	839	938	933	.	.	.	993	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 572	1 755	1 730	.	.	.	1 869	.	.
weiblich	DM	965	1 085	1 048	.	.	.	1 190	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

22) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den

Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

23) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 24) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 25) nur Neubau

26) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit - 1962 - rund 750 DM monatlicher Lebenshaltungsausgaben

27) Effektivverdienste

f) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	Auslands-gäste
Mill. DM						in 1 000						
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889 ^a	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916 ^a	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485

Jahr.	Kfz-Bestand am 1.7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge	
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM			Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5	
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7	
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6	
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1	
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	...	17,0	

Jahr	Steuern									Neuverschuldung ⁵⁾		
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
					insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden	Mill. DM								
	1967	1 962	1 059	452	686	1 292	616	552	706	321	2 136	1 429
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 635	590	867	1 805	1 152	481	850	342	2 641	1 734	1 209
1971	2 730	2 096	740	967	2 060	1 484	549	904	395	2 823	1 992	1 428

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel			Öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
	indu- strieller Produkte 7) 1962=100	landwirt- schaftlicher Produkte 7)8) 1961/63 =100		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)
			Männer					Frauen	Männer			
	DM											
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	1 208	758	1 398	1 449	1 021
1970	107,5	98,1	147,4	123,7	117,4	197	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133
1971	112,5	...	162,7	130,4	122,6	337	198	1 484	938	1 755	1 724	1 236

1) nur Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

7) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben.

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. März 1972			Bevölkerungsveränderung im März 1972			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1972	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	94 821	- 0,1	- 0,8	- 4	- 64	- 68	24 855	22 548
KIEL	269 158	- 0,1	- 0,7	- 39	- 312	- 351	71 457	64 803
LÜBECK	239 015	- 0,1	- 0,3	- 53	- 289	- 342	58 672	52 324
NEUMÜNSTER	86 326	-	+ 0,2	- 11	11	-	23 979	21 344
Dithmarschen	133 309	- 0,1	- 0,1	- 69	- 35	- 104	43 298	33 241
Flensburg-Land	74 128	+ 0,3	+ 2,1	32	211	243	27 092	20 746
Hzgt. Lauenburg	146 545	+ 0,3	+ 1,8	- 57	457	400	43 329	35 995
Nordfriesland	159 730	+ 0,1	+ 1,3	25	61	86	54 044	42 350
Ostholstein	181 954	+ 0,0	+ 2,0	- 55	131	76	55 714	45 424
Pinneberg	247 636	+ 0,2	+ 2,0	15	470	485	72 878	63 294
Plön	110 031	+ 0,2	+ 1,8	9	161	170	36 294	29 162
Rendsburg-Eckernförde	228 675	+ 0,1	+ 1,6	- 18	352	334	71 277	56 922
Schleswig	101 207	+ 0,1	+ 0,6	- 21	111	90	32 916	25 535
Segeberg	177 094	+ 0,3	+ 4,1	43	428	471	64 662	53 438
Steinburg	132 915	- 0,0	+ 0,2	- 32	4	- 28	40 877	32 609
Stormarn	163 935	+ 0,1	+ 2,3	- 15	218	203	51 446	44 088
Schleswig-Holstein	2 546 479	+ 0,1	+ 1,1	- 250	1 915	1 665	772 790	643 823

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1972 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.5.1972	Beschäftigte am 31. Mai 1972		Umsatz ⁴⁾ im Mai 1972 in Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
		Anzahl	Je 1 000 Einwohner				
FLENSBURG	69	8 462	89	46	35	2	52
KIEL	143	32 157	119	210	159	5	203
LÜBECK	146	29 612	124	162	165	4	216
NEUMÜNSTER	75	10 523	122	44	50	1	62
Dithmarschen	60	6 058	45	81	104	8	134
Flensburg-Land	32	972	13	9	56	5	75
Hzgt. Lauenburg	99	9 439	64	51	78	2	111
Nordfriesland	44	2 528	16	34	99	3	149
Ostholstein	75	5 907	32	37	145	15	215
Pinneberg	231	24 130	97	148	150	4	213
Plön	43	2 620	24	17	75	2	99
Rendsburg-Eckernförde	127	11 633	51	64	160	9	231
Schleswig	37	3 447	34	48	78	-	119
Segeberg	171	13 585	77	98	134	3	192
Steinburg	92	10 882	82	83	78	3	114
Stormarn	123	15 540	95	175	111	7	180
Schleswig-Holstein	1 567	187 495	74	1 309	1 677	73	2 365

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1972

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1971			Offene Stellen am 31. 5. 1972 in 1 000	Beschäf- tigte auslän- dische Arbeit- nehmer am 31. 3. 1972 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Mai 1972			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 3. 1972	Rindvieh am 2. 12. 1971	
		VZ 1961	Vor- jahres- quartal							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
Schleswig-Holstein	2 543	+ 9,7	+ 1,3	21	32	241	93,5	16,3	1 691	1 364	477
Hamburg	1 782	+ 2,8	+ 0,7	20	66	2	95,5	14,3	16	16	4
Niedersachsen	7 181	+ 8,1	+ 0,8	51	132	504	91,7	16,4	5 876	2 708	992
Bremen	726	+ 2,8	+ 0,5	7	18	2	84,4	15,9	8	16	5
Nordrhein-Westfalen	17 138	+ 7,8	+ 0,8	159	634	324	94,6	14,9	4 296	1 839	702
Hessen	5 490	+ 14,0	+ 1,2	56	266	137	80,6	13,3	1 325	883	334
Rheinland-Pfalz	3 679	+ 7,6	+ 0,5	29	72	94	84,6	12,0	706	686	252
Baden-Württemberg	9 055	+ 16,7	+ 1,1	104	535	223	79,2	10,0	2 116	1 788	718
Bayern	10 691	+ 12,4	+ 1,2	105	357	625	83,3	10,6	4 144	4 264	1 901
Saarland	1 122	+ 4,6	+ 0,1	6	29	12	81,7	13,2	74	73	28
Berlin (West)	2 084	+ 5,2	+ 1,5	17	75	0	25,1	14,5	.	2	1
Bundesgebiet	61 489	+ 9,5	+ 0,8	577	2 216	2 164	87,5	12,9	20 252	13 638	5 414

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im März 1972			
	Beschäftigte am 30.4. 1972		Umsatz ²⁾ im April 1972		Produk- tions- index 3) 1962=100 im April 1972	Beschäftigte am 31. 3. 1972		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	187	74	1 203	16	184	61	24	2 183	8,6	1 144	4,5
Hamburg	199	112	1 574	13	136	44	25	1 288	7,2	541	3,0
Niedersachsen	782	109	4 663	22	153	172	24	5 935	8,3	3 027	4,2
Bremen	99	134	816	20	.	22	29	457	6,3	417	5,7
Nordrhein-Westfalen	2 601	152	15 241	19	156	380	22	14 441	8,4	6 318	3,7
Hessen	734	134	3 850	23	178	141	26	5 934	10,8	1 035	1,9
Rheinland-Pfalz	401	109	2 584	19	259	88	24	3 554	9,7	996	2,7
Baden-Württemberg	1 554	172	8 106	21	183	237	26	10 432	11,5	3 587	4,0
Bayern	1 360	127	6 950	19	176	289	27	15 183	14,2	5 542	5,2
Saarland	169	150	759	28	180	22	20	825	7,3	193	1,7
Berlin (West)	241	115	1 259	10	157	41	20	967	4,6	806	3,9
Bundesgebiet	8 327	135	47 006	20	173	1 497	24	61 199	10,0	23 608	3,8

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1972		Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im April 1972				Bestand ab Spar- ⁷⁾ einlagen am 30. 4. 1972 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
								im 1. Vierteljahr 1972		
								in DM je Einwohner		
in 1 000										
Schleswig-Holstein	773	644	1 390	53	1 868	138	2 633	225	286	...
Hamburg	513	465	1 066	25	1 438	137	5 002	406	1 648	...
Niedersachsen	2 160	1 781	3 644	228	5 122	147	3 229	225	230	...
Bremen	204	183	383	10	447	119	3 810	302	1 008	...
Nordrhein-Westfalen	4 733	4 178	7 997	307	10 979	141	3 781	264	377	...
Hessen	1 747	1 489	2 900	118	4 174	148	4 166	283	395	...
Rheinland-Pfalz	1 132	919	1 865	77	2 693	149	3 388	222	281	...
Baden-Württemberg	2 854	2 381	4 111	206	6 001	151	3 907	275	380	...
Bayern	3 434	2 703	4 989	266	7 300	152	3 921	238	289	...
Saarland	300	263	533	24	817	158	3 106	222	247	...
Berlin (West)	483	437	1 173	34	1 526	133	3 158	187	478	...
Bundesgebiet	18 408 ^{a)}	15 476 ^{a)}	30 051	1 348	42 365	145	3 725	255	384	...

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelswaren, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) ohne Postspareinlagen

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 75 703 Kfz und 32 469 Pkw

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung

Altersaufbau der Bevölkerung	1/10
Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)	2/27
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)	1/22
Religionszugehörigkeit der Bevölkerung	5/95
Telefon zu Hause	7/163
Volkszählung und Fortschreibung	4/70

Rechtspflege und öffentliche Sicherheit

Rechtspflegestatistiken	6/138
-----------------------------------	-------

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernten 1971	7/157
Gemüseanbau	3/65
Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971	1/2

Unternehmen und Arbeitsstätten

Kapitalgesellschaften	5/116
Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970	6/119
Unternehmen 1970	7/143

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Sozialer Wohnungsbau 1971	7/146
Wohngeld 1970	5/114
Wohnungen in Land und Bund	2/34
Wohnungsmieten	1/5

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandel	6/134
------------------------	-------

Verkehr

Nord-Ostsee-Kanal 1971	5/106
----------------------------------	-------

Öffentliche Finanzen

Einkünfte in freien Berufen	5/111
Körperschaften 1968	7/148
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)	3/57
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)	5/98
Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen	4/88
Umsätze 1970	3/50

Versorgung und Verbrauch

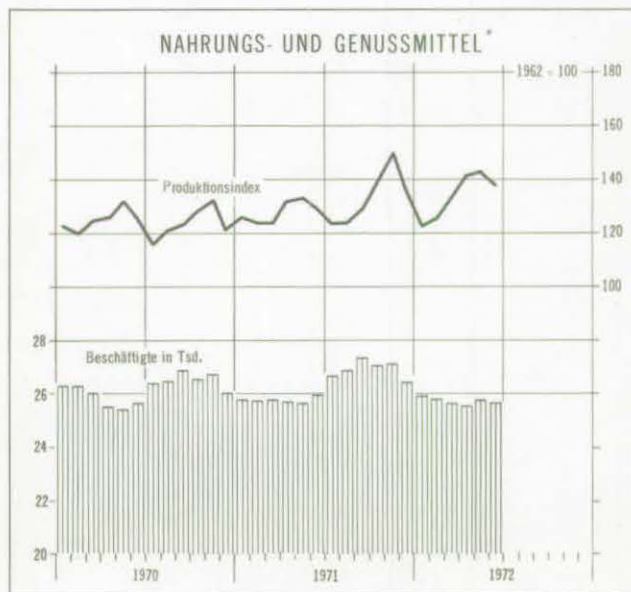
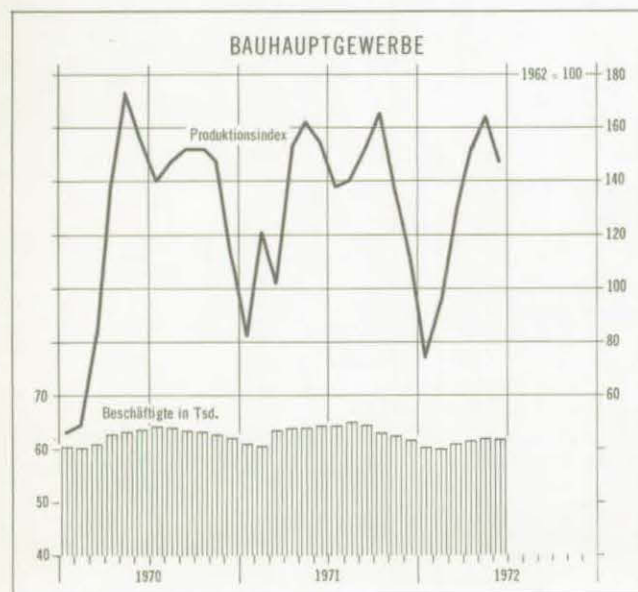
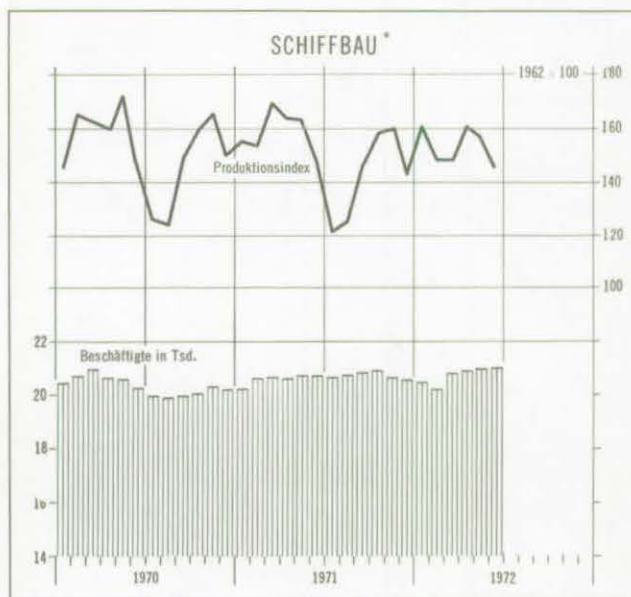
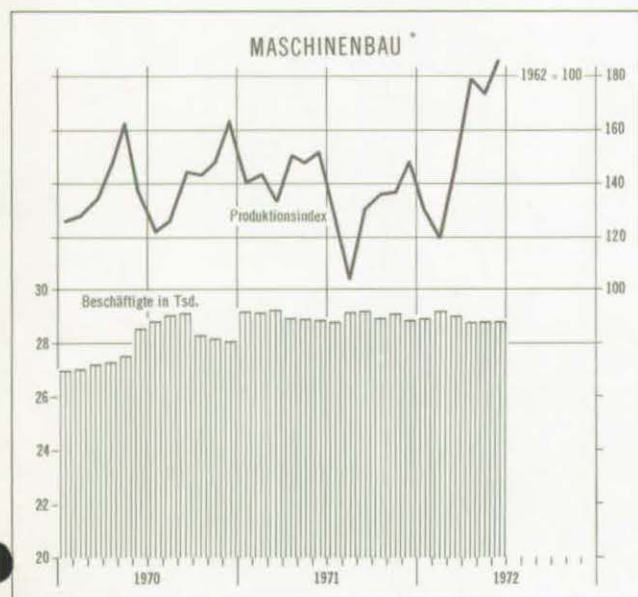
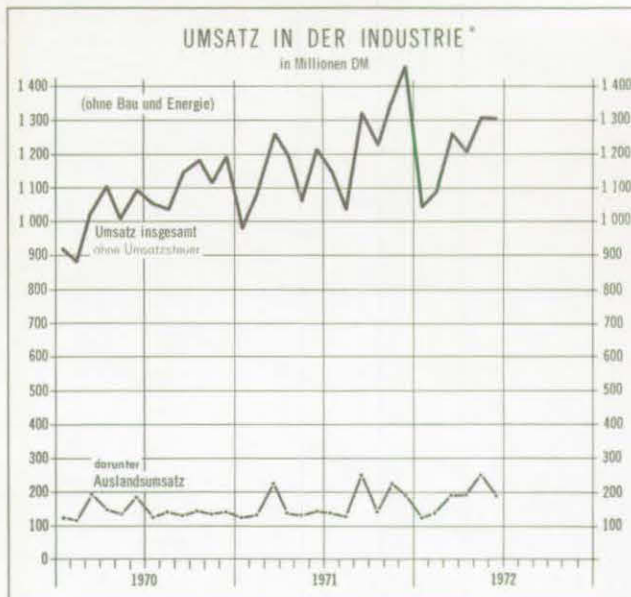
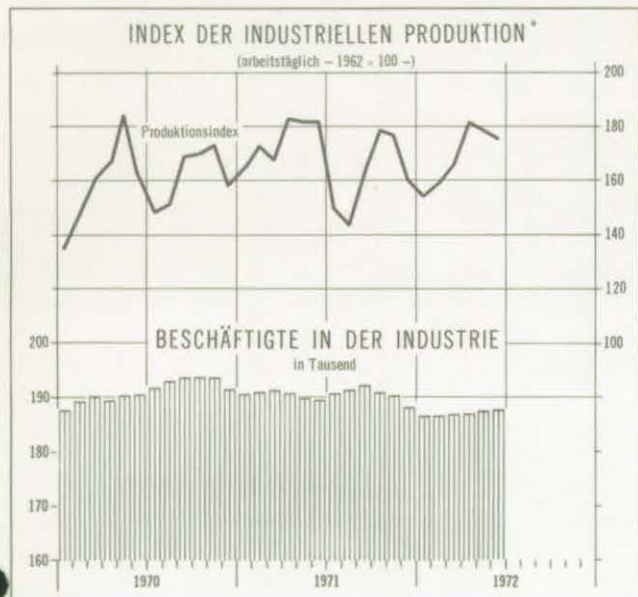
Essen außer Haus	1/17
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten	2/40
Vermögen der Haushalte	4/76

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

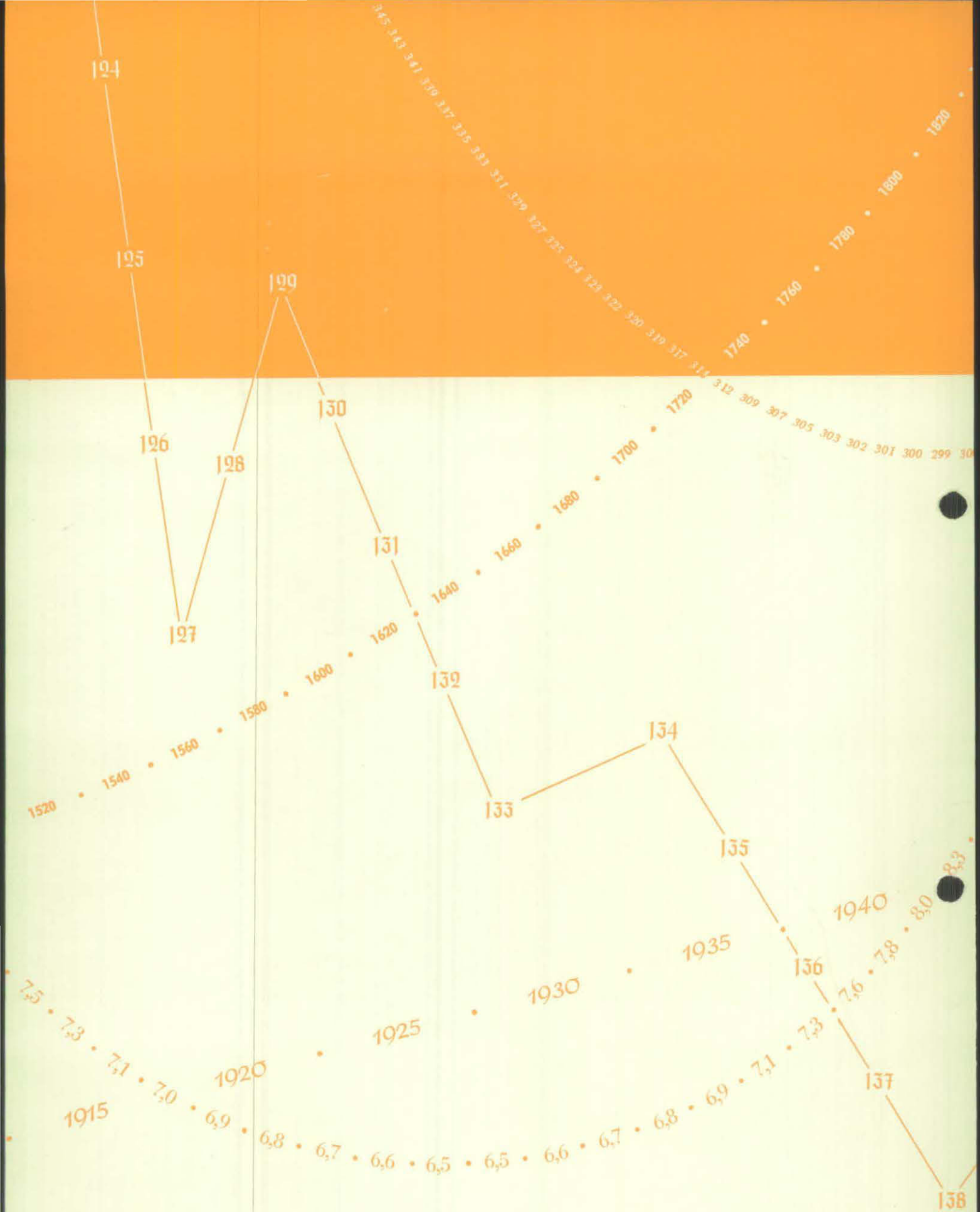
Bruttoinlandsprodukt 1960—71	6/129
----------------------------------------	-------

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



* Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen